



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1961

Aufsätze:

Bundestagswahlen

Erwerbstätigkeit

Tuberkulose 1960

Die Qualität der Wohnungen

Fremdenverkehr im Sommer 1960

Spareinlagen 1950 - 1960

Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit

Kurzberichte:

Versorgungsberedtigte Kriegsoopfer

Filmtheater

Graphik des Monats: Landwirtschaftsstruktur

INDUSTRIELAND

AGRARLAND

Anteil der Bereiche

an allen
Erwerbstätigen



Industrie
und Handwerk

Handel
und Verkehr

Land-
wirtschaft

an der
Wertschöpfung



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		März 1960 bis Juli 1960	März 1961 bis Juli 1961	
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950=100	253	277	+ 10
Beschäftigte ²	1 000	167	174	+ 4
Umsatz ^{2 3}	Mill.DM	518	569	+ 10
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill.Std.	24,2	24,5	+ 1
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mill.Std.	10,4	p 10,4	+ 0
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁶	Anzahl	2 351	2 259	- 4
HANDEL				
Ausfuhr	Mill.DM	93,3	p 83,9	- 10
Einzelhandelsumsatz	1960=100	99	106	+ 7
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 555	4 791	+ 5
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsüter	1950=100	99	93	- 6
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	130	- 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	125	128	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte ⁷	1950/51=100	136	130	- 4
Lebenshaltungsindex ⁸				
insgesamt	1958=100	102,4	104,9	+ 2
Ernährung	1958=100	103,9	103,9	- 0
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ⁹				
Bestand	Mill.DM	1 141 ^a	1 396 ^a	+ 22
Zunahme	Mill.DM	+ 35 ^a	+ 45 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mill.DM	2 717 ^a	3 136 ^a	+ 15
Zunahme	Mill.DM	+ 27 ^a	+ 42 ^a	x
Spareinlagen ¹¹				
Bestand	Mill.DM	1 379 ^a	1 609 ^a	+ 17
Zunahme	Mill.DM	+ 14 ^a	+ 10 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹²	Mill.DM	33	37	+ 11
Landessteuern ¹³	Mill.DM	43	53	+ 24
Veranlagte Einkommensteuer	Mill.DM	27	34	+ 27
Lohnsteuer	Mill.DM	15	20	+ 38

1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau) 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 8) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM und einem Haushalts-Nettoeinkommen von rund 600 DM monatlich nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen des Jahres 1958 9) an die Nichtbankenkundschaft 10) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 11) Einlagenbestand am Monatsende 12) einschl. Umsatzausgleichsteuer
13) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet

I N H A L T

10/61

Die Konjunktur in Schleswig-Holstein	2. Umschlagseite
Aktuelle Auslese	217
Aus dem Inhalt	218-219
 Aufsätze	
Die Bundestagswahlen 1961 in Schleswig-Holstein	220-224
Die Erwerbstätigkeit im Oktober 1959 und 1960	224-227
Die Tuberkulose im Jahre 1960	227-230
Die Qualität der Wohnungen in Land und Bund	230-234
Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1960	235-236
Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Bund 1950-1960	236-238
Die Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit in Schleswig-Holstein	238-239
 Kurzberichte	
Die versorgungsberechtigten Kriegsoffer in Schleswig-Holstein	239-240
Die Filmtheater und ihre Besucher 1960	240
Graphik des Monats	232-233
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	73*-78*
Kreiszahlen	79*
Schleswig-Holstein im Bund	80*
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 5/1961

Arbeitskräftebestand in der Landwirtschaft
Reiseverkehr mit Skandinavien
Gaststättenpreise 1959

Auslandsumsatz der Industrie

Heft 6/1961

Kredite und Einlagen 1960
Kapitalgesellschaften
Viehbestände 1960
Soziale Krankenversicherung

Ausländer in Schleswig-Holstein
Akademische Prüfungen
Industriebeschäftigte
Bauspargeschäft 1958 bis 1960
Öffentliche Straßenverkehrsmittel

Heft 7/1961

Güterverkehr auf dem Wasserwege
Steueraufkommen in Schleswig-Holstein
Lastenausgleich in Schleswig-Holstein
Milchwirtschaft 1960
Angestelltenversicherung

Verkehr der Bundesbahn
Die Berufsschüler

Heft 8/1961

Binnenschiffe in Schleswig-Holstein
Stand der Vorausberednungen
Todesursachen 1959
Öffentliche Verschuldung
Boden- und Kommunalkreditinstitute
Grundstücks- und Schiffshypotheken

Heft 9/1961

Gewerbesteuer 1958
Ausfuhr 1959
Eierwirtschaft 1960
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Krankenanstalten 1959

Anbau auf dem Ackerland 1961
Landesberufsschulen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1961

Aktuelle Auslese

ÜBER 200 000 PERSONENKRAFTWAGEN



Am 1. Juli 1961 gab es in Schleswig-Holstein fast 206 000 Personenkraftwagen. Anfang Juli 1960 hatte der Bestand an Personenkraftwagen 172 000 Fahrzeuge betragen. Er hat damit in einem Jahr um 20% zugenommen. Der Bestand der Personenkraftwagen im Bundesgebiet erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 19%. - Der Anteil der Personenkraftwagen am gesamten Kraftfahrzeugbestand machte 1961 in Schleswig-Holstein 60% aus. Ein Jahr zuvor hatte er 56% betragen.

JEDER ZWANZIGSTE HAUSHALT WOHNT IN EINEM NOTWOHN- GEBÄUDE



Nach den Ergebnissen der 1%igen Wohnungsstichprobe vom Frühjahr 1960 wohnt fast jeder zwanzigste Haushalt in einem Notwohngebäude, das sind Wohnlauben, Behelfsheime, Baracken, Bunker und dgl. Das Wohnen in behelfsmäßigen Unterkünften kommt in Schleswig-Holstein doppelt so häufig vor wie im Bundesgebiet. Nach Hamburg, wo besondere Verhältnisse vorliegen, steht das Land in dieser Hinsicht mit Abstand an der Spitze der Bundesländer.

STÄRKERER ANSTIEG DER FRAUENLÖHNE



Die weiblichen Industriearbeiter verdienten im Mai 1961 in Schleswig-Holstein durchschnittlich

2,00 DM brutto in der Stunde. Das sind 0,21 DM oder 12% mehr als im Mai 1960. Die männlichen Industriearbeiter steigerten ihren Brutto-Stundenlohn in der gleichen Zeit nur um 0,19 DM oder 7%. Somit konnten die weiblichen Arbeiter den Vorsprung der Männer, die im Mai 1961 für die Stunde im Schnitt immerhin 2,97 DM bekamen, etwas verringern.

UNTERDURCHSCHNITTLICHE GETREIDEERNTE



Mit 1,14 Mill. t blieb die Getreideernte in Schleswig-Holstein 1961 rund 10% unter der des Vorjahres. Mit Ausnahme von Hafer waren die Hektarerträge aller Getreidearten im Landesmittel niedriger als 1960. - 1961 wurden 480 000 t Brotgetreide und 660 000 t Futtergetreide geerntet.

REGES BAUSPARGESCHÄFT



In der ersten Jahreshälfte 1961 wurden von den Bausparkassen in Schleswig-Holstein über 6 100 Bausparverträge mit einer Vertragssumme von 104 Mill. DM neu abgeschlossen. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren es 5 300 Neuabschlüsse mit 85 Mill. DM gewesen. - Der Bestand an Bauspareinlagen stieg von Ende Juni 1960 bis Ende Juni 1961 um 44 Mill. DM auf 248 Mill. DM. Dementsprechend erhöhte sich der Darlehnsbestand - einschl. Zwischenkredite - um 39 Mill. DM auf 183 Mill. DM.

Aus dem Inhalt

Bundestagswahlen

Seite 220

Die Zahl der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein belief sich am 17. September 1961 auf 1,6 Mill. und war damit um 5% höher als vier Jahre zuvor. 1957 betrug der Anteil der Wähler, die noch nicht 25 Jahre alt waren, 8%, 1961 stieg dieser Anteil auf 10%. - Die Wahlbeteiligung hielt sich in Schleswig-Holstein in der bei Bundestagswahlen üblichen Höhe. Sie betrug 88%. - Die Zahl der ungültigen Zweitstimmen ist 1961 mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der ungültigen Erststimmen. Man hat die Erfahrung gemacht, daß das Stimmrecht mit jeder weiteren Stimme, die dem Wähler zusteht, weniger ausgenutzt wird. - Im Wahlkreis Norder- und Süderdithmarschen erreichte die CDU mit 48,3% aller Zweitstimmen fast die absolute Mehrheit. Auch in den Wahlkreisen Schleswig/Eckernförde und Rendsburg waren ihre Stimmenanteile überdurchschnittlich hoch. In drei Wahlkreisen hat die CDU bei den Zweitstimmen ihre relative Mehrheit eingebüßt. Die absolute Mehrheit hat sie in 5 Wahlkreisen verloren und damit in keinem der 14 Wahlkreise erreichen können. Gegenüber der dritten Bundestagswahl büßte die CDU 62 000 Wählerstimmen ein. Die SPD konnte 91 000 Zweitstimmen mehr als 1957 auf sich vereinigen. Ihre Zuwachsrate gegenüber 1957 belief sich auf 23%; der Stimmengewinn verteilt sich auf alle Wahlkreise. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 hat die FDP mit 115 000 Mehrstimmen am stärksten von allen Parteien zugenommen, das bedeutet eine Zuwachsrate von 156%. Den stärksten Verlust mußte die GDP (DP-BHE) hinnehmen. Beachtlich ist auch die weitere Abnahme des SSW um 21% seiner 1957 erreichten Zahl an Zweitstimmen. - Im Vergleich zu 1957 ist bei der CDU der absolute Verlust an Erststimmen genauso groß wie bei den Zweitstimmen. Allerdings hat die CDU 1961 in allen Wahlkreisen außer im Wahlkreis Kiel die relative Mehrheit erreichen können. - Auf Schleswig-Holstein entfallen 1961 insgesamt 24 Bundestagssitze. Auf Grund des Ergebnisses der Erststimmen stehen der CDU 13 Sitze zu, darunter 4 Überhangmandate. 7 Abgeordnete der SPD - ein Abgeordneter wurde direkt gewählt - und die drei Abgeordneten der FDP wurden aus der Landesliste ermittelt.

Erwerbstätigkeit

Seite 224

Im Oktober 1960 waren in Schleswig-Holstein rund 989 000 Personen erwerbstätig. Die Zahl der Erwerbstätigen ist damit gegenüber 1959 um etwa 3% gestiegen. Die allgemeine Erwerbsquote hat sich von 42 auf 43 Erwerbstätige je 100 Einwohner erhöht. Zur Hauptsache ist diese Zunahme darauf zurückzuführen, daß seit 1959 viele Frauen, und zwar besonders Ehefrauen, eine Erwerbstätigkeit übernommen haben. Im Oktober 1960 arbeiteten 351 000 Frauen, ein Jahr früher waren es nur 330 000 gewesen. - Im Oktober 1960 gab es in Schleswig-Holstein 127 000 Selbständige, 4% weniger als im Oktober 1959. Die Zahl der Selbständigen hat besonders in den Wirtschaftsbereichen "Produzierendes Gewerbe" und "Handel und Verkehr" abgenommen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Mithelfenden im

Betrieb eines Familienangehörigen um nahezu 12 000 Personen angestiegen. Unter den neu erfaßten Mithelfenden befanden sich 9 000 Frauen. - Bei den Abhängigen hat sich die Gruppe der Angestellten und Arbeiter stark vergrößert. Dabei hat die Landwirtschaft wieder Arbeitskräfte an die übrigen Bereiche abgegeben. - Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft haben alle Wirtschaftsbereiche eine starke Ausweitung ihres Arbeitskräftebestandes zu verzeichnen. An der Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Bereiche hat sich im großen und ganzen nicht viel geändert. Die meisten Erwerbstätigen waren 1960 im produzierenden Gewerbe tätig (379 000 Personen), und zwar etwa zweieinhalbmal so viel wie in der Landwirtschaft.

Tuberkulose 1960

Seite 227

Ende Dezember 1960 waren in Schleswig-Holstein rund 17 000 Tuberkulose bei den Gesundheitsämtern erfaßt. Das waren 2 500 Fürsorgefälle weniger als Ende 1959. Bei einem Vergleich mit 1950 zeigt sich, daß der Kreis der betreuten Tuberkulösen in den letzten 10 Jahren um die Hälfte kleiner geworden ist. Von je 10 000 Einwohnern unterstanden Ende 1960 74 Personen der Tbc-Fürsorge, ein Jahr zuvor waren es noch 86 und 1950 sogar 147 gewesen. - Von den Personen, die 1960 als Fürsorgefälle bei den Gesundheitsämtern registriert waren, hatte fast ein Viertel eine offene Lungentuberkulose, bei annähernd zwei Dritteln lag eine geschlossene Lungentuberkulose vor und etwa ein Achtel war mit einer Tuberkulose anderer Organe behaftet. Männer waren in dem von der Tuberkulose-Fürsorge erfaßten Personenkreis stärker vertreten als Frauen. - Genau wie der Bestand an Tuberkulösen ist auch die Zahl der jährlichen Zugänge von Personen mit einer aktiven Tbc seit längerem rückläufig. 1960 wurden rund 6 300 Zugänge bei den Fürsorgestellten registriert. 1959 waren es noch rund 6 700 gewesen. Von allen Neuzugängen im Jahre 1960 waren fast drei Viertel Neuerkrankungen.

Die Qualität der Wohnungen

Seite 230

Für die Beurteilung der Qualität der Wohnungen sind hier die sanitäre Ausstattung und Beheizung sowie die Ausstattung der Küchen ausschlaggebend gewesen. Dabei wurde festgestellt, daß hinsichtlich der sanitären Ausstattung die Wohnungen Schleswig-Holsteins (ohne bäuerliche Wohnungen) im Schnitt nicht so vollwertig erscheinen wie die des Bundes, in der Beheizung dagegen vielleicht etwas moderner, wenn man eine zentrale Beheizung so nennen will. Da die Wohnungen in Schleswig-Holstein etwas häufiger zentral beheizt werden, steht das Land in dem Anteil der "vollwertigsten" Wohnungen - Wohnung mit WC, Bad und Zentralheizung - dem Bund nicht nach. Die sanitäre Ausstattung der bäuerlichen Wohnungen Schleswig-Holsteins, worin die Wohnungen der Kleinsiedlerstellen und Nebenerwerbsstellen eingeschlossen sind, unterscheidet sich im Schnitt auch nicht von denen des Bundes. - Ein verhältnismäßig hoher Anteil (20%) der Küchen in Schleswig-Holstein hat keine eigene Wasserzapfstelle. Im Bund gibt es

etwa nur 10% solcher Küchen. Dabei ist jedoch vor allem daran zu denken, daß in Teilen der Westküste Schleswig-Holsteins besondere naturbedingte Schwierigkeiten für die Wasserversorgung bestehen, - Die Möglichkeit, mit Kohle und Gas zu kochen, ist bei über einem Drittel der Wohnungen Schleswig-Holsteins gegeben. Die Kombination Kohle und Elektroherd findet man in einem Fünftel der Küchen. Im Bund kommt diese Kombination häufiger vor als in Schleswig-Holstein.

Fremdenverkehr im Sommer 1960

Seite 235

Im Sommerhalbjahr 1960 wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsgemeinden 1,2 Mill. Gäste mit 8,6 Mill. Übernachtungen gezählt. Damit erhöhte sich die Zahl der Gäste und Übernachtungen gegenüber 1959 um 4%. - Von den Gästen kamen 171 000 aus dem Ausland, 112 000 allein aus Dänemark und Schweden. Die Zahl der ausländischen Sommergäste stieg gegenüber 1959 um 13%. - Fast drei Fünftel aller registrierten Gäste nahmen in Hotels und Gasthöfen Quartier. Ihr Aufenthalt dauerte allerdings im Schnitt nur knapp 3 Tage. Ein Viertel aller Gäste übernachtete in Privatquartieren und hielt sich dort im Mittel 13 Tage auf. Hinsichtlich der Übernachtungen werden jedoch die Hotels und Gasthöfe in Folge des kurzen Aufenthaltes ihrer Gäste von den Privatquartieren weit überrundet. - Die Hauptsaison des schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrs konzentriert sich auf die Monate Juni, Juli und August. Allein auf Juli und August 1960 entfielen reichlich die Hälfte aller im Sommerhalbjahr gemeldeten Gäste und zwei Drittel aller Übernachtungen. - Nahezu vier Fünftel aller Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsgemeinden konnten die Seebäder im Sommer 1960 auf sich vereinigen. Ihr Anteil an den gemeldeten Gästen macht indessen nur 48% aus; dies erklärt sich aus der verhältnismäßig langen Aufenthaltsdauer in den Seebädern.

Spareinlagen 1950-1960

Seite 236

In Schleswig-Holstein stellten sich die gesamten Spareinlagen am 31. 12. 1960 auf 1,5 Mrd. DM oder

664 DM je Einwohner. Die schleswig-holsteinischen Sparkassen allein verwalteten am Jahresende 1960 über 1 Mrd. DM Spareinlagen, die sich auf nahezu 960 000 Sparbücher verteilten. - Am Jahresende 1950 hatten sich die Spareinlagen in Schleswig-Holstein auf 131 Mill. DM belaufen. Sie waren bis Ende 1955 auf über 600 Mill. DM angestiegen. In den folgenden 5 Jahren nahmen dann die Spareinlagen auf mehr als das Doppelte zu.

Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit

Seite 238

In der Geburtenstatistik gibt es viele statistische Maße, um die Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit quantitativ zu fassen. Aus der Vielzahl dieser Maße wurde in dem vorliegenden Aufsatz die Zahl der Lebendgeborenen, die allgemeine Geburtenziffer, die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer und die altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer herausgegriffen. Mit Hilfe dieser Zahlen und Ziffern wurden Vergleiche zwischen Schleswig-Holstein und dem Bund angestellt. So zeigte sich z. B., daß 1959 von den 21- bis 29jährigen Frauen in Schleswig-Holstein relativ mehr Kinder geboren wurden als im Bundesdurchschnitt. Für jüngere Frauen sowie für ältere Frauen wies jedoch Schleswig-Holstein niedrigere Ziffern auf.

Versorgungsberechtigte Kriegsoffer

Seite 239

Ende 1960 gab es in Schleswig-Holstein 147 000 nach dem Bundesversorgungsgesetz anerkannte Kriegsoffer. Ein Drittel davon waren Kriegsbeschädigte und zwei Drittel Kriegshinterbliebene. Knapp die Hälfte der 49 000 versorgungsberechtigten Beschädigten war schwerbeschädigt. Von den 98 000 Kriegshinterbliebenen waren 62% Witwen und Witwer, 26% Waisen und 12% Elternteile und -paare.

Filmtheater

Seite 240

Nach einem Bericht der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. hatte die Stadt Kiel Ende Dezember 1960 26 Filmtheater mit 13 208 Sitzplätzen. In Lübeck gab es zu diesem Zeitpunkt 23 Filmtheater mit 11 365 Sitzplätzen. Im Laufe des Jahres 1960 hatten die Kinos in Kiel 3,1 Mill. Besucher und die in Lübeck 2,6 Mill. Besucher.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die Bundestagswahlen 1961 in Schleswig-Holstein

Am 17. 9. wurde im Bundesgebiet der 4. Bundestag gewählt. Die wahlgesetzlichen Änderungen waren geringfügig; sie betrafen unter anderem die Bestimmungen über die Briefwahl. Nach der Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 bekam ein Wahlberechtigter nur dann einen Briefwahlschein ausgehändigt, wenn sich aus dem Antrag zweifelsfrei ergab, daß er durch Wahlbrief wählen wolle. Die Bundeswahlordnung vom 30. Mai 1961 bestimmt dagegen, daß die Wahlbriefunterlagen auch dann den Wahlberechtigten ausgehändigt werden sollten, wenn sich aus dem Antrag nicht einwandfrei ergäbe, daß er einen Wahlbrief haben wolle. Damit hat der Gesetzgeber dem Umstand Rechnung getragen, daß in sehr viel häufigerem Maße von der Briefwahl Gebrauch gemacht wurde, als von der Wahlscheinwahl. Die Zahl der Briefwähler war 1957 achtmal größer als die Zahl der Wähler, die mit einem Wahlschein vor einem Wahlvorstand wählten. 1961 beantragten 94 500 Wahlberechtigte einen Wahlschein, 6% von ihnen übten ihr Wahlrecht nicht aus, von den übrigen 88 500 Wahlberechtigten machten 83 200 von der Briefwahl Gebrauch; nur knapp 6% wählten persönlich, im Wahlkreis 6 Kiel sogar nur 0,6%.

In den seit 1949 unverändert gebliebenen 14 Bundestagswahlkreisen in Schleswig-Holstein kandidierten 8 Parteien, die insgesamt 177 Be-



werber nominierten. Um die Mehrheit der Erststimmen des Wählers bemühten sich 94 Kandidaten. Der SSW hatte nur in den Wahlkreisen 1 bis 6, die DG in den Wahlkreisen 4, 5, 10 und 12 Bewerber aufgestellt. Alle übrigen Parteien waren in allen Wahlkreisen vertreten. - Drei Einzelbewerber waren abgelehnt worden.

Tab. 1 Anzahl der Bewerber nach Parteien

Partei	Bewerber					darunter 1957	
	in den Wahlkreisen	auf der Landesliste	im Wahlkreis und auf Landesliste gleichzeitig	mithin Bewerber insgesamt	mit Erfolg	ohne Erfolg kandidiert	
1 Christlich Demokratische Union (CDU)	14	25	6	33	14	8 ^a	
2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	14	25	14	25	6	6 ^a	
3 Freie Demokratische Partei (FDP)	14	20	11	23	-	5 ^a	
4 Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE) (GDP) (DP-BHE)	14	29	11	32	1 ^b	7	
5 Deutsche Friedens-Union (DFU)	14	19	13	20	-	-	
6 Deutsche Gemeinschaft (DG)	4	14	2	16	-	-	
7 Deutsche Reichspartei (DRP)	14	14	6	22	-	3	
8 Südschleswigscher Wählerverband (SSW)	6	6	6	6	-	4	
Insgesamt	94	152	69	177	21	33	

a) darunter 1 erfolgloser Kandidat durch Todesfall aus der Landesliste nachgerückt

b) DP

Kandidaten

Von den 23 Bundestagsabgeordneten, die in Schleswig-Holstein im Jahre 1957 gewählt wurden, waren zwei im Laufe der Legislaturperiode des 3. Bundestages gestorben, so daß zwei Listennachfolger in den Bundestag einzogen. Alle 23 Abgeordneten sind auch für die Neuwahl des 4. Bundestages in den Wahlkreisen wieder aufgestellt worden, darunter 15 außerdem noch auf der Landesliste. Weitere 31 der 1961 aufgestellten Kandidaten hatten sich ebenfalls - aber ohne Erfolg - vor vier Jahren

um einen Bundestagssitz beworben. Zu der Übersicht 1 ist noch zu bemerken, daß 2 Kandidaten des Wahljahres 1957, die der DP angehörten, und 1 Kandidat des GB-BHE am 17. 9. 1961 als Bewerber der FDP auftraten. Die Altersgruppe der 50 bis unter 60jährigen ist am häufigsten vertreten. Das Durchschnittsalter der Bewerber betrug, wie auch zur Bundestagswahl 1957, 51 Jahre. Gering ist die Zahl der Frauen, die sich für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt haben. Ihre Zahl stieg allerdings gegenüber 1957 von 11 auf 18 Bewerberinnen. Den größten Anteil an weiblichen

Tab. 2 Alter und Partei aller in den Wahlkreisen und auf der Landesliste aufgestellten Bewerber

Altersgruppe (Jahre)	Insges.	davon kandidierten für							
		CDU	SPD	FDP	GDP (DP-BHE)	DFU	DG	DRP	SSW
25 - 30	5	-	-	-	-	1	1	3	-
30 - 40	26	6	6	3	1	3	4	3	-
dar. Frauen	2	-	-	1	-	1	-	-	-
40 - 50	49	8	7	9	7	7	4	5	2
dar. Frauen	6	-	2	1	1	1	-	1	-
50 - 60	58	11	6	9	14	5	4	7	2
dar. Frauen	4	2	1	-	1	-	-	-	-
60 - 70	34	8	6	2	9	4	2	2	1
dar. Frauen	5	1	-	1	-	3	-	-	-
70 und älter	5	-	-	-	1	-	1	2	1
dar. Frauen	1	-	-	-	-	-	-	1	-
Zusammen	177	33	25	23	32	20	16	22	6
dar. Frauen	18	3	3	3	2	5	-	2	-

Kandidaten wies die DFU auf. Nur 4 aller Bewerberinnen waren auch in den Wahlkreisen aufgestellt worden.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten belief sich am 17. September 1961 auf 1 626 000. Sie war um 5% höher als 4 Jahre zuvor. Im Bundesgebiet ist die Zahl der Wahlberechtigten noch stärker als in Schleswig-Holstein gestiegen, und zwar um 5,7%. Die Erhöhungen der Zahl der Wahlberechtigten ergab sich in Schleswig-Holstein einmal aus einem Zuzugsgewinn, zum anderen aber auch daraus, daß die Zahl der Jungwähler stark anstieg. 1957 betrug der Anteil der Wähler, die noch nicht 25 Jahre alt waren, 8%, 1961 stieg dieser Anteil auf 10%. Rund 164 000 Menschen waren in Schleswig-Holstein erstmalig berechtigt, den Bundestag zu wählen. - Der Anteil der Männer an den Wahlberechtigten bis zum 40. Lebensjahr ist größer als der der Frauen. Ab 40. Lebensjahr ist jedoch das zahlenmäßige Übergewicht der Frauen so stark, daß der Anteil der Frauen an allen Wahlberechtigten den der Männer erheblich übersteigt. Er beträgt im Jahre 1961 54,6%. Es gab mithin rund 195 000 mehr wahlberechtigte Frauen als Männer.

Die Bundeswahlkreise haben sich seit 1949 nicht geändert; die Bevölkerungszahl hat sich dagegen in den letzten 12 Jahren in diesen Wahlkreisen unterschiedlich stark entwickelt. Das hatte zur Folge, daß im größten Wahlkreis (6, Kiel) die Zahl der Wahlberechtigten im Jahre 1961 um 88% höher lag als im kleinsten (4, Norder- und Süderdithmarschen), 1949 betrug der größte Unterschied zwischen zwei Wahlkreisen 37%, 1953 65%, 1957 bereits 83%. Der größte Wahlkreis in allen vier Bundestagswahlen war Kiel. 1949 hatte in Schleswig-Holstein ein Bundeswahlkreis im Durchschnitt 124 000 Wahlberechtigte, diese Zahl sank bis 1953 auf

112 000 und erreichte im Jahre 1957 mit 111 000 ihren Tiefpunkt. 1961 stieg die Zahl der Wahlberechtigten auf 116 000, sie liegt aber immer noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (152 000). Deshalb stellt Schleswig-Holstein - trotz hoher Wahlbeteiligung - nicht, wie es dem bundesdurchschnittlichen Verhältnis zwischen Wahlkreis- und Listenabgeordneten entsprochen hätte, 28 sondern nur 20 Bundestagsabgeordnete. Das heißt, zu den direkt zu wählenden Kandidaten treten nur noch 6 Listenbewerber hinzu. Bei einem derart geringen Listenausgleich ist es daher verständlich, daß es zu Überhangmandaten kommt. Das war sowohl 1953 (2 Überhangmandate für die CDU) und 1957 (3 Überhangmandate für die CDU) als auch 1961 (4 Überhangmandate für die CDU) der Fall.

Die Wahlbeteiligung hielt sich in Schleswig-Holstein in der bei Bundestagswahlen üblichen Höhe. Sie betrug 88,0% (Bundesgebiet 87,5%), erreichte aber nicht die Höhe der Bundestagswahl 1957 mit 88,3%. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß der Anteil der Jungwähler stark angestiegen ist. Frühere Untersuchungen haben nämlich eindeutig ergeben, daß die jüngsten Wahlberechtigten bei weitem nicht das Wahlinteresse zeigen, wie der Durchschnitt aller Wahlberechtigten. So wurde zur Bundestagswahl am 15. September 1957 festgestellt, daß der Anteil der Nichtwähler in der Altersgruppe bis unter 25 Jahre mit 21,8% fast doppelt so hoch liegt wie der Anteil aller Nichtwähler an den Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung bei den letzten 3 Bundestagswahlen betrug stets zwischen 88% und 89%, bei den letzten 3 Landtagswahlen dagegen zwischen 78% und 79%¹.

Die höchste Wahlbeteiligung wies, wie auch schon im Jahre 1957, der Wahlkreis 7, Plön/Eutin - Nord auf (89,4%). Auffällig ist, daß in den 7 Wahlkreisen mit überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung sich auch 1957 die Bevölkerung sehr rege an der Wahl beteiligt hatte. Eine niedrige Wahlbeteiligung hatte in den beiden letzten Bundestagswahlen mit rund 84% der Wahlkreis 1, Husum/Südtondern/Eiderstedt.

Die ungültigen Stimmen

Die Zahl der ungültigen Zweitstimmen ist 1961 mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der ungültigen Erststimmen. Das Stimmrecht wird - eine Tatsache, die auch anlässlich der Kommunalwahl beobachtet werden konnte - mit jeder weiteren Stimme, die dem Wähler zusteht, weniger ausgenutzt; sei es im Verkennen des

1) Für die Bundestagswahl 1961 wurde in 99 Wahlbezirken mit etwa 73 000 Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung und die Stimmenabgabe nach Altersgruppen und Geschlecht aufgegliedert festgestellt. Die Ergebnisse werden an diesem Ort veröffentlicht werden

größeren Gewichtes der Zweitstimme, sei es, daß der Wähler trotz eindringlicher Aufklärung durch die Presse mit der Stimmenabgabe nicht so vertraut war und - aus Furcht, seine Stimmenabgabe ungültig zu machen - vorsichtshalber seinen Stimmzettel nur einmal ankreuzte.

Immerhin bleibt es bemerkenswert, daß im Jahre 1953, als das Zweistimmenrecht erstmalig für eine Bundestagswahl eingeführt wurde, viel weniger ungültige Zweitstimmen festgestellt wurden (rund 39 700 oder 2,9%) und daß diese nur um 6% höher lagen, als die Zahl der ungültigen Erststimmen. Auffällig ist, daß die 5 Wahlkreise, deren ungültige Zweitstimmen 1961 mit 5 bis 6,8% der abgegebenen Stimmen über dem Landesdurchschnitt lagen (Wahlkreis 2, 4, 9, 10 und 14) auch 1957 überdurchschnittlich viel ungültige Zweitstimmen nachwiesen. Die Anzahl der Wähler, die mit ihren Zweitstimmen ungültig gewählt haben, liegt höher als die Zahl der Wähler, die die GDP (DP-BHE) auf sich vereinigen konnte.

Die Abgabe der Zweitstimmen

Im Wahlkreis 4, Norder- und Süderdithmarschen, erreichte die CDU mit 48,3% fast die absolute Mehrheit. Auch in dem Wahlkreis 3, Schleswig/Eckernförde, und 5, Rendsburg, waren ihre Stimmenanteile überdurchschnittlich hoch. In drei Wahlkreisen hat die CDU bei den Zweitstimmen ihre relative Mehrheit eingebüßt, und zwar im Wahlkreis 6, Kiel, (dort hatte die SPD einen Vorsprung vor der CDU von rund 13 000 Wählern) im Wahlkreis 12, Pinneberg, (die SPD hatte einen knappen Vorsprung von 1 000 Zweitstimmen) und im Wahlkreis 13, Stormarn, wo die CDU mit nur 65 Stimmen der SPD unterlag. Die absolute Mehrheit hat sie in fünf Wahlkreisen verloren und damit in keinem der 14 Wahlkreise erreichen können.

Gegenüber der 3. Bundestagswahl büßte die CDU 62 000 Wählerstimmen oder 10% ein. Ihr

Stimmenanteil ging in jedem Wahlkreis zurück. Absolut konnte sie dagegen im Wahlkreis 12, Pinneberg, einen Wählerzuwachs erzielen (+ 749 Stimmen). Die stärkste Abnahme hatte sie im Wahlkreis 6 mit 20% ihrer Stimmen.

Die SPD konnte 91 000 Zweitstimmen mehr als vor vier Jahren auf sich vereinigen. Ihre Zuwachsrate gegenüber dem Jahre 1957 belief sich auf 23%; der Stimmengewinn verteilt sich, wenn auch recht unterschiedlich, auf alle Wahlkreise. Die größte Zuwachsrate weist sie dabei im Wahlkreis 2, Flensburg, mit 44%, und im Wahlkreis 12, Pinneberg, mit 21% auf. Ihre höchsten Stimmenanteile erreichte sie im Wahlkreis 6, Kiel, mit 46%, im Wahlkreis 12, Pinneberg, mit 41% und im Wahlkreis 9, Lübeck, mit 40%.

Gegenüber der Bundestagswahl 1957 hat die FDP mit 115 000 Mehrstimmen am stärksten von allen Parteien zugenommen, das bedeutet eine Zuwachsrate von 156%. Die FDP hat dabei in jedem der Wahlkreise - teilweise recht erheblich - an Stimmen gewinnen können. In den Wahlkreisen 10 und 11 hat sie ihren Anteil fast verdreifacht. In diesen beiden Wahlkreisen hat sie auch mit mehr als 17% aller gültigen Zweitstimmen ihre größte Resonanz gefunden. Nach der Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen nimmt die FDP, wie auch im gesamten Bundesgebiet, die 3. Stelle ein. In den letzten drei Bundestagswahlen hatte sie in Schleswig-Holstein stets den 4. Platz inne; der Stimmenanteil betrug 1949 7,4%, 1953 fiel er auf 4,5% und stieg 1957 leicht auf 5,6%.

Den stärksten Verlust mußte die GDP (DP-BHE) hinnehmen, wenn für 1957 die Stimmen der DP und des GB/BHE zusammengezählt und mit den Stimmen für die GDP 1961 verglichen werden. Nur noch ein Drittel ihres Wählerbestandes von 1957 konnte diese Partei im Jahre 1961 auf sich vereinigen. Mit diesem Stimmenverlust war sie aber - wie auch im

Tab. 3 Das Ergebnis der Zweitstimmen

Wahljahr	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf:								
	insgesamt	davon gültig	ungültig	CDU	SPD	FDP	GDP (DP-BHE)	DFU	DG	DRP	SSW	Sonstige ¹
	Anzahl											
1953	1 391 768	1 352 062	39 706	636 570	357 798	61 486	211 308	-	-	12 794	44 585	27 521
1957	1 367 225	1 312 045	55 180	631 147	404 595	73 656	158 849	-	-	9 009	32 262	2 527
1961	1 431 704	1 363 366	68 338	569 216	495 728	188 619	52 820	17 951	1 469	12 114	25 449	-
	in %											
1953	x	x	2,9	47,1	26,5	4,5	15,6	-	-	0,9	3,3	2,0
1957	x	x	4,0	48,1	30,8	5,6	12,1	-	0,0	0,7	2,5	0,2
1961	x	x	4,8	41,8	36,4	13,8	3,9	1,3	0,1	0,9	1,9	-
	Stimmenzuwachs bzw. -verluste											
1961 zu 1957	+ 64 479	x	x	- 61 931	+ 91 133	+ 114 963	- 106 029	-	-	+ 3 105	- 6 813	-
1961 zu 1953	+ 39 936	x	x	- 67 354	+ 137 930	+ 127 133	- 158 488	-	-	- 680	- 19 136	-

1) KPD, DNS, GVP (1953), BdD (1957)

Bundesgebiet - unter einen Anteil von 5% an den Zweitstimmen gesunken.

Beachtlich ist auch die weitere Abnahme des SSW um 21% seiner im Jahre 1957 erreichten Zahl an Zweitstimmen. Den größten Stimmenanteil konnte er noch im Wahlkreis 2 mit 14,7% aller Zweitstimmen behaupten, aber auch dort ist der Rückgang mit 4 000 Stimmen oder 22% beträchtlich. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß diese Partei zur Landtagswahl im Jahre 1962 einen - wenn auch leichten Zuwachs - erzielen wird. Es würde sich damit der Vorgang wiederholen, der 1958 bei einem Vergleich mit den Bundestagswahlergebnissen des Jahres 1957 in einigen Wahlkreisen beobachtet werden konnte. Der Grund dieser unterschiedlichen Stimmenabgabe ist vor allem darin zu sehen, daß der SSW-Wähler so gut wie keine Aussichten hat, ein Bundestagsmandat zu erzielen, und zwar auch dann, wenn er als Minderheitengruppe ausdrücklich von der 5%-Klausel nicht betroffen wird. Um ein Bundestagsmandat zu erzielen, hätte diese Partei etwa 63 000 Stimmen auf sich vereinigen müssen, mehr Stimmen also, als für die GDP abgegeben wurden.

Die Stimmenverluste der einen Parteien sind insgesamt nicht so groß wie die Stimmengewinne der anderen, da die Zahlen der gültigen Zweitstimmen - trotz geringerer Wahlbeteiligung und leichter Erhöhung der ungültigen Zweitstimmen - um 51 000 Stimmen stiegen. Die beiden stärksten Parteien haben zusammen 78,1% aller Zweitstimmen erhalten. 1957 betrug dieser Anteil 78,9%.

Die Abgabe der Erststimmen

Bemerkenswert ist, daß sowohl im Landesergebnis als auch in jedem Wahlkreis die Anteile der beiden größten Parteien für die direkt zu wählenden Bewerber durchweg höher sind, als ihre Anteile an den Zweitstimmen. Bei den

kleineren Parteien, einschließlich der FDP, ist dagegen der Anteil der Zweitstimmen höher als der der Erststimmen. Das gilt, von einigen Ausnahmen abgesehen, auch für die Ergebnisse in den Wahlkreisen. Offensichtlich ist dieses Ergebnis dadurch zustande gekommen, daß sich relativ viele Wähler darüber im Klaren waren, daß die Entscheidung, welcher Bewerber direkt gewählt werden würde, nur zwischen den beiden größten Parteien fallen mußte, da alle übrigen Parteien keine Chance hatten, einen Bewerber in direkter Wahl in den Bundestag zu wählen. Offen bleibt allerdings die Frage, ob diese Unterschiede nicht noch sehr viel größer geworden wären, wenn jeder der Wahlberechtigten völlig mit der unterschiedlichen Bedeutung der Stimmenabgabe vertraut gewesen wäre, und wenn er außerdem noch eine Vorstellung von der unterschiedlichen Chance, die die Parteienbewerber hatten, gehabt hätte.

Im Vergleich zu 1957 ist bei der CDU der absolute Verlust an Erstwählerstimmen genau so groß wie bei den Zweitstimmen. Allerdings hat die CDU 1961 in allen Wahlkreisen außer im Wahlkreis 6, Kiel, die relative Mehrheit erreichen können. Dieses Ergebnis sicherte ihr 13 unmittelbare Sitze zu, obwohl ihr nach dem Ergebnis der Zweitstimmen nur 9 Sitze zugestanden hätten. Die darüberhinaus gehenden 4 Sitze behielt sie als Überhangmandate. Im Wahlkreis 4, Norder- und Süderdithmarschen, konnte die CDU ihre absolute Mehrheit (50,7%) halten, sie verlor sie dagegen in 8 Wahlkreisen.

Während die Zahl der Erststimmen bei der CDU um 40 000 oder 7% die der Zweitstimmen übertraf, betrug dieser Unterschied bei der SPD zugunsten der Erststimmen nur 14 000 oder 3%.

1949 stellten sich noch 9 Parteien und ein parteiloser dem Wähler. 7,3% aller gültigen Stimmen schieden bei der Sitzverteilung aus.

Tab. 4 Das Ergebnis der Erststimmen

Wahljahr	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Erststimmen entfielen auf:								
	insgesamt	davon gültig	ungültig	CDU	SPD	FDP	GDP (DP-BHE)	DFU	DG	DRP	SSW	Sonstige
	Anzahl											
1953	1 391 768	1 354 178	37 590	666 475	361 264	51 684	191 211	-	-	5 893	44 339	33 312
1957	1 367 225	1 334 648	32 577	670 199	412 561	67 164	141 051	-	289	8 169	33 463	1 752
1961	1 431 704	1 399 349	32 355	609 048	510 160	174 848	50 356	17 399	752	11 835	24 951	-
	in %											
1953	x	x	2,7	49,2	26,7	3,8	14,1	-	-	0,4	3,3	2,5
1957	x	x	2,4	50,2	30,9	5,0	10,6	-	0,0	0,6	2,5	0,1
1961	x	x	2,3	43,5	36,5	12,5	3,6	1,2	0,1	0,8	1,8	-
	Stimmenzuwachs bzw. -verluste											
1961 zu 1957	+ 64 479	x	x	- 61 151	+ 97 599	+ 107 684	- 90 695	-	+ 463	+ 3 666	- 8 512	-
1961 zu 1953	+ 39 936	x	x	- 57 427	+ 148 896	+ 123 164	- 140 855	-	-	+ 5 942	- 19 388	-

1) KPD, DNS, GVP, SHLP (1953), BdD (1957)

Im Jahre 1953 erhöhte sich die Zahl der Parteien auf 10, aber nur 6,3% aller gültigen Stimmen schieden bei der Sitzverteilung aus; zum 3. Bundestag bemühten sich nur noch 8 Parteien um die Stimme des Wählers und 3,3% der Stimmen schieden bei der Sitzverteilung aus. Im Jahre 1961 stellten sich wiederum 8 Parteien dem Wähler, 8,1% aller gültigen Zweitstimmen nahmen jedoch an der Sitzverteilung nicht teil.

Die Sitzverteilung

Auf Schleswig-Holstein entfielen 1961 insgesamt 24 Sitze, die Zahl erhöhte sich gegenüber 1957 um einen Sitz. Auf Grund des Stimmenergebnisses stehen der CDU 13 Sitze zu, die sie alle in direkter Wahl erhielt; sie büßte mithin einen Sitz ein.

Tab. 5 Sitzverteilung
der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten

Wahljahr	Sitze insgesamt	davon entfielen auf				
		CDU	SPD	FDP	GDP (DP-BHE)	Sonstige
1949	23	8	8	2	3	2
1953	26	14	7	1	4	-
1957	23	14	7	1	1	-
1961	24	13	8	3	-	-

7 Abgeordnete der SPD im Jahre 1961 - ein Abgeordneter wurde direkt gewählt - und die 3 Abgeordneten der FDP wurden aus der Landesliste ermittelt. Unter den Abgeordneten befindet sich wie auch 1957 eine Frau. 22 Abgeordnete wurden wiedergewählt.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Die Bundestagswahl am 15. 9. 1957 in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 335 (November) und 1958, S. 75 (April)

Die Erwerbstätigkeit im Oktober 1959 und 1960

- Ergebnisse des Mikrozensus -

Im Mikrozensus wird seit 1957 in der Bundesrepublik durch Stichprobenerhebungen vierteljährlich Material über die Struktur der Bevölkerung und des Erwerbslebens zusammengetragen. Die jährliche 1%-Erhebung im Oktober ermöglicht auch für die einzelnen Länder die Aufbereitung von Ergebnissen, die die Beobachtung der Veränderungen im Erwerbsleben von Jahr zu Jahr gestatten. Über die Methode des Mikrozensus ist bereits früher berichtet worden¹.

Während bisher im Rahmen der in größeren Zeitabständen erfolgten Berufszählungen nur die sogenannten Erwerbspersonen - Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus einer hauptberuflichen Tätigkeit bestreiten - erfaßt wurden, vermag der Mikrozensus darüber hinaus insofern ein umfassenderes Bild der Erwerbstätigkeit zu liefern, als alle in einem bestimmten Berichtszeitraum überhaupt Erwerbstätigen auch nach dem zeitlichen Umfang ihrer Tätigkeit und nach der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse erfaßt werden. Den Auszählungen im Mikrozensus liegt das international gebräuchliche "Arbeitskräfte-Konzept" zugrunde. Danach gelten als "tätige Arbeitskräfte" alle Personen, die während der Berichtszeit einer Erwerbstätigkeit nachgingen,

gleichgültig ob im Haupt- oder Nebenberuf und unabhängig von der in diesen Tätigkeiten geleisteten Arbeitsstunden. Lediglich bei den Mithelfenden Familienangehörigen wird für die Zuordnung zum Arbeitskräfte-Konzept eine wöchentliche Mindestarbeitszeit von 15 Stunden gefordert.

Die Mithelfenden, die aus eigenem Entschluß kürzer arbeiten, werden nur in dem erweiterten Arbeitskräfte-Konzept mitberücksichtigt. Dieses ermöglicht demnach die Erfassung aller überhaupt - auch in kleinstem Umfang - am Erwerbsleben beteiligten Personen.

Mit der 1%-Erhebung im Oktober 1960 ist das alte Erwerbspersonen-Konzept, das bei den vorangegangenen Erhebungen immer noch in den verschiedenen Untergliederungen rekonstruiert werden konnte, endgültig vom Arbeitskräfte-Konzept abgelöst worden, so daß sich der folgende Bericht auf die im Erwerbsleben tätigen Personen nach diesem Konzept bezieht.

Erwerbsquote weiter gestiegen

Im Oktober 1960 waren in Schleswig-Holstein rund 989 000 Personen, darunter 638 000 Männer, erwerbstätig. Die Zahl der Erwerbstätigen ist damit gegenüber 1959 (956 000 Personen) um etwas mehr als drei Prozent gestiegen. Die allgemeine Erwerbsquote hat sich von 42 auf 43 Erwerbstätige je 100 Einwohner erhöht.

1) Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 219 (September)

Zur Hauptsache ist diese Erhöhung darauf zurückzuführen, daß seit 1959 sehr viele Frauen eine Erwerbstätigkeit übernommen haben. Im Oktober 1960 arbeiteten 351 000 Frauen, zwölf Monate früher waren es nur 330 000 gewesen. Die relativ stärkere Eingliederung von Frauen in das Erwerbsleben und damit die Nutzung bisher ruhender Arbeitskraftreserven zeigt sich in der weiblichen Erwerbsquote, die gegenüber 1959 stärker zugenommen hat als die der Männer. 1959 arbeiteten von 100 Frauen 27, 1960 waren bereits 29 unter 100 Frauen erwerbstätig. Die Erwerbsquote bei den Männern stieg in der gleichen Zeit von 59 auf 60%.

Die Zunahme der erwerbstätigen Frauen hat sich besonders durch Arbeitsaufnahmen von Ehefrauen ergeben. 1960 waren 18 000 verheiratete Frauen mehr erwerbstätig als im Oktober 1959, das entspricht einer Erhöhung der Erwerbsquote allein der verheirateten Frauen von 25 auf 27%. 1957 übten nur 22% der verheirateten Frauen eine berufliche Tätigkeit aus. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Volkszählung 1950 macht die überaus starke Ausweitung der Frauenarbeit in den letzten 10 Jahren deutlich: damals arbeitete im Durchschnitt in Schleswig-Holstein nur jede sechste Ehefrau (einschließlich mithelfender Tätigkeiten), 1960 bereits jede vierte.

Weniger Selbständige - mehr Abhängige

Mit 127 000 Personen waren im Oktober 1960 gut 5 000 Personen (= 4%) weniger in selbständiger Stellung tätig als im Oktober 1959. Zurückschlagend ist die Zahl der Selbständigen in den Wirtschaftsbereichen "Produzierendes Gewerbe" sowie "Handel und Verkehr" um jeweils 7%. Die Abnahme der Zahl der selbständigen Frauen war mit 8% erheblich stärker als die der selbständigen Männer, deren Zahl um 3% zurückging.

In der gleichen Zeit ist die Zahl der Mithelfenden im Betrieb eines Familienangehörigen um

nahezu 12 000 Personen angestiegen. Unter den neu erfaßten Mithelfenden befanden sich allein 9 000 Frauen. Hierin dürfte die Erklärung für den oben erwähnten Anstieg der Erwerbsquote bei den verheirateten Frauen liegen. Augenscheinlich sind zum Ausgleich des Arbeitskräftemangels in größerem Umfang die Ehefrauen der Selbständigen mit in die Geschäftsführung eingesprungen, um die Betriebe arbeitsfähig zu erhalten.

Die Zahl der mithelfenden Männer ist ebenfalls angestiegen. Es fällt auf, daß diese Mithelfenden gerade in der Landwirtschaft erheblich zugenommen haben, also in dem Bereich, wo die Zahl der abhängigen Arbeitnehmer besonders stark abgenommen hat. Es darf auch hier vermutet werden, daß die Abwanderung von Arbeitskräften durch den Einsatz von Familienmitgliedern zum Teil wieder kompensiert wurde.

Bei den Abhängigen hat sich die Gruppe der Angestellten und Arbeiter sehr stark vergrößert. Im Oktober 1960 gab es in unserem Land rund 446 000 Arbeiter und 192 000 Angestellte, das sind 14 000 Arbeiter und 18 000 Angestellte mehr als 1959. Dabei hat die Landwirtschaft wieder Arbeiter an die übrigen Bereiche abgegeben. Der Rückgang der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter betrug etwa 23% gegenüber 1959.

Einen bemerkenswerten Rückgang zeigen seit 1957 die Zahlen der männlichen und weiblichen Lehrlinge und Anlernlinge. Im Oktober 1960 wurden insgesamt 72 000 Lehrlinge und Anlernlinge gezählt, das sind rund 6% weniger als 1959. Gegenüber 1957 beträgt die Abnahme 12%. Zum Teil ist dieser Rückgang auf die relativ schwache Besetzung der in den letzten Jahren in das Erwerbsalter hineingewachsenen Geburtsjahrgänge 1943 bis 1945 zurückzuführen, zum andern kann er verursacht worden sein durch einen Verzicht vieler Jugendlicher auf eine spezielle Berufsausbildung. Sie sind zum

Tätige Arbeitskräfte¹ nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf
- Stand: 7. Oktober 1959 und 26. Oktober 1960 -

Wirtschaftsbereich	Tätige Arbeitskräfte		davon											
			Selbständige		Mithelfende Familienangehörige		Beamte		Angestellte		Arbeiter ²		Lehrlinge und Anlernlinge	
	1959	1960	1959	1960	1959	1960	1959	1960	1959	1960	1959	1960	1959	1960
	in 1 000													
Land- und Forstwirtschaft (0)	160	156	47	47	58	66	-	-	(3)	(3)	50	38	(3)	(3)
Produzierendes Gewerbe (1 - 5)	369	379	29	27	6	7	-	(0)	46	49	249	262	40	34
Handel und Verkehr (6 und 8)	223	242	38	35	14	15	18	19	71	79	60	70	23	24
Öffentlicher Dienst, Dienstleistungen (7 und 9)	204	213	19	18	7	8	40	37	55	62	73	76	11	12
Insgesamt	956	989	132	127	85	96	57	56	174	192	431	446	77	72

1) Ohne Soldaten und ohne in Dienstunterkünften lebende Angehörige der Bereitschaftspolizei, des Bundesgrenzschutzes und des Zollgrenzdienstes
2) einschl. Heimarbeiter

Teil gleich als Arbeiter in eine Beschäftigung gekommen.

Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen

Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft haben alle Wirtschaftsbereiche eine starke Ausweitung ihres Arbeitskräftebestandes zu verzeichnen. Die stärkste Zunahme ergab sich im Handel und Verkehr mit einem Mehr an Arbeitskräften von 8% gegenüber 1959. Es folgte mit einer Zunahme um 4% der öffentliche Dienst und der Dienstleistungssektor. Im produzierenden Gewerbe erhöhte sich die Zahl der Arbeitskräfte um 2%. In der Landwirtschaft waren im Oktober 1960 fast 3% weniger Personen tätig als 1959.

An der Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche hat sich im großen und ganzen nicht viel geändert. Die meisten Erwerbstätigen waren 1960 im produzierenden Gewerbe tätig (379 000 Personen), und zwar etwa zweieinhalbmal so viel wie in der Landwirtschaft.

Im ganzen gesehen standen 1960 zehn Selbständigen durchschnittlich acht Mithelfende und sechzig Abhängige gegenüber. Seit 1959 hat sich das Gewicht der abhängigen Arbeitskräfte und der Mithelfenden Familienangehörigen unter allen Erwerbstätigen vergrößert: im Oktober 1959 kamen auf zehn Selbständige sechs Mithelfende und 56 Abhängige.

Die Schichtung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf ist in den vier Wirtschaftsbereichen allerdings nicht gleichmäßig. Den höchsten Anteil der Selbständigen zeigt die Land- und Forstwirtschaft, wo 1960 gut 30% der tätigen Personen selbständig einen Betrieb führten. Bei der Vielzahl von bäuerlichen kleineren Familienbetrieben in unserem Land überrascht es nicht, daß weitere 42% der Arbeitskräfte in diesem Bereich Mithelfende sind. Ausgehend von der Gesamtzahl der Selbständigen und Mithelfenden ergibt sich für 1960, daß von je 10 Selbständigen vier und von je 10 Mithelfenden sogar sieben in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind. Eine weitere große Gruppe von selbständigen Gewerbetreibenden und Mithelfenden findet sich im Bereich Handel und Verkehr, dabei zur Masse in Handelsbetrieben.

Von den Angestellten sind gut zwei Fünftel im Bereich Handel und Verkehr tätig und fast ein Drittel im Öffentlichen Dienst. Die meisten Arbeiter (weit mehr als die Hälfte) gehen ihrem Beruf in einem Betrieb des produzierenden Gewerbes nach. In diesem Wirtschaftsbereich gibt es wegen der vielen großen Betriebe auch mit durchschnittlich 13 Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen je Selbständigen die relativ meisten Arbeitnehmer.

Arbeitszeiten

Im Frageprogramm des Mikrozensus werden, um auch den Umfang der Erwerbstätigkeit messen zu können, die Arbeitsstunden im Laufe einer Woche ermittelt. In der Woche vom 23. bis 29. Oktober 1960 wurden von den insgesamt tätigen Personen, einschließlich der Mithelfenden Familienangehörigen, die weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten² in ihrer Haupterwerbstätigkeit mehr als 45 Mill. Arbeitsstunden geleistet, das sind im Durchschnitt 46 Wochenstunden je Erwerbstätigen. Gut die Hälfte aller Arbeitskräfte hatte eine Wochenarbeitszeit zwischen 40 bis 45 Stunden angegeben. Mehr als ein Drittel arbeiteten in der fraglichen Woche mehr als 45 Stunden. Hierbei ist zu beachten, daß alle tatsächlich in der Erwerbstätigkeit für diese Tätigkeit geleisteten Arbeitsstunden gezählt werden. Z. B. mußten Lehrer sowohl die Schulstunden als auch die zur Vorbereitung auf den Unterricht und für das Korrigieren von Arbeiten aufgewandten Stunden angeben. Da natürlich auch Überstunden miterfaßt werden, können tariflich festgelegte Arbeitszeiten durchaus überschritten werden. Auf der anderen Seite wird die normale Arbeitszeit nicht erreicht, wenn sich in der Berichtswoche Urlaub, Krankheit und sonstige Ausfälle häufen.

Die längsten Arbeitszeiten gaben die Selbständigen an mit durchschnittlich 57 Wochenstunden. Fast drei Viertel von ihnen arbeiteten länger als 48 Stunden. Bei den männlichen Selbständigen lag die durchschnittliche Arbeitszeit in der Woche mit 60 Stunden um die Hälfte höher als bei den selbständigen Frauen. Die Mithelfenden waren im Durchschnitt 44 Stunden tätig. Auch hier liegt die Arbeitszeit der Männer um 50% höher als bei den Frauen.

Beamte und Angestellte arbeiteten durchschnittlich 46 Stunden. Bei den Arbeitern ist durch die tariflich verankerten Arbeitszeitverkürzungen in den letzten Jahren die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der überwiegenden Erwerbstätigkeit im Oktober mit 44 Stunden sehr niedrig. Der Einfluß derartiger Tarifvereinbarungen wird auch aus den durchschnittlichen Arbeitsstunden im Gesamtbereich "Produktion" deutlich, in dem - wie bereits gezeigt - die meisten Arbeiter beschäftigt sind. Im Produzierenden Gewerbe arbeiteten in der Berichtswoche die Männer im Mittel 46 Stunden (einschließlich Überstunden), die Frauen 41 Stunden.

Der Bereich mit der längsten Wochenarbeitszeit war die Land- und Forstwirtschaft. Im Durchschnitt arbeitete hier jeder Erwerbstätige 51 Stunden. Die Männer waren 61 Stunden in der Woche tätig, die Frauen (zu mehr als drei

²) umfassendes Arbeitskräftekonzept

Vierteln Mithelfende!) arbeiteten rund 38 Stunden.

Weitere lange Arbeitszeiten gaben die Männer in Betrieben des Handels- und Verkehrswesens (rund 50 Wochenstunden) an. Die meisten Wochenstunden bei den Frauen wurden im Öffentlichen Dienst und in den Dienstleistungsberufen erbracht (rund 43 Stunden).

Außer der bisher behandelten überwiegenden Erwerbstätigkeit wurden von einigen Personen

noch weitere Tätigkeiten ausgeübt. Etwa jeder 40. Erwerbstätige hatte noch ein oder mehrere Arbeitsverhältnisse nebenher. Diese Männer und Frauen arbeiteten im Durchschnitt 13 Stunden in der Berichtswoche mehr als solche, die nur einem Erwerb nachgingen. Die Männer hatten weitaus häufiger eine Nebentätigkeit als die Frauen, und zwar waren von 100 erwerbstätigen Männern drei, von 100 erwerbstätigen Frauen jedoch nur eine in mehreren Arbeitsverhältnissen tätig.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Die Tuberkulose im Jahre 1960

Statistisches Material über die Verbreitung der Tuberkulose wird laufend durch Auszählung der Erkrankungsmeldungen und der Register bei den Tbc-Fürsorgestellen der Gesundheitsämter bereitgestellt. In den Registern wird der "Bestand" an Tuberkulösen ausgewiesen; naturgemäß kann es sich dabei nur um die Tuberkulösen handeln, von denen das Gesundheitsamt Kenntnis erhält. Wenngleich die Tbc einer besonderen Meldepflicht unterliegt, weisen die Register nur einen Mindestbestand aus, da viele Erkrankte trotz Röntgenreihenuntersuchung und trotz intensiver Bemühungen der Gesundheitsämter um die Ermittlung der durch erfaßte Tuberkulosekranke infizierten sonstigen Personen bzw. der Infektionsquellen (Umgebungsuntersuchungen) unbekannt bleiben. Größenordnungsmäßig läßt sich dieser "Dunkelbestand" z. Z. noch nicht fassen.

Bestand

Am 31. Dezember 1960 waren in Schleswig-Holstein rund 17 000 Tuberkulöse bei den Gesundheitsämtern erfaßt. Das waren 2 500 Fürsorgefälle weniger als Ende 1959. Zieht man zum Vergleich die Bestandszahlen von Ende 1950 heran, so zeigt sich, daß sich der Kreis der betreuten Tuberkulösen in den letzten zehn Jahren um gut die Hälfte verkleinert hat. Von je 10 000 Einwohnern unterstanden Ende 1960 74 Personen der Tbc-Fürsorge, ein Jahr zuvor waren es noch 86 und 1950 sogar 147 gewesen.

Im Bestand waren Ende 1960 mehr als 4 000 Personen mit einer ansteckungsfähigen (offenen) Lungentuberkulose erfaßt. Bei 70% von ihnen wurden Bakterien eindeutig nachgewiesen. Der Anteil der Offentuberkulösen ohne Bakterienachweis liegt in Schleswig-Holstein mit rund 30% gegenüber anderen Ländern und dem Durchschnitt des Bundesgebietes vergleichsweise

recht hoch. Bei rund 11 000 Personen bestand eine noch geschlossene aktive Tuberkulose der Atmungsorgane. Extrapulmonale Tuberkulosen waren mit gut 2 000 Fällen im Bestand vertreten. Dabei waren mehr als ein Viertel Fälle von Knochen- und Gelenk-Tbc, bei 18% bestand eine Drüsen-, bei 12% eine Haut- und bei 17% eine Urogenitaltuberkulose.

Die Zahl der bei den Gesundheitsämtern registrierten Tbc-Fürsorgefälle verteilt sich nach diesen Werten wie folgt auf die einzelnen Krankheitsgruppen: fast ein Viertel hatte eine offene Lungentuberkulose, bei annähernd zwei Dritteln lag eine geschlossene Lungentuberkulose vor und etwa ein Achtel war mit einer Tuberkulose anderer Organe behaftet.

Männer waren in dem von der Tuberkulose-Fürsorge erfaßten Personenkreis stärker vertreten als Frauen. Im Mittel kamen auf drei an Tuberkulose irgendeiner Form erkrankte Männer zwei Frauen. Lediglich bei der extrapulmonalen Tbc waren die Frauen leicht in der Überzahl. Die Morbiditätsziffern zeigen recht deutlich, daß die männliche Bevölkerung relativ stärker erkrankt ist als die weibliche: Ende 1960 waren von 10 000 Männern 95 an einer Tuberkulose erkrankt, von 10 000 Frauen dagegen nur 55. Gegenüber dem 31. Dezember 1959 ist die Morbiditätsziffer für Männer (1959: 108) um 12%, die für Frauen (1959: 66) um 17% zurückgegangen; sie sank also bei den Frauen relativ stärker.

Eine grobe Aufgliederung der Jahresendbestände 1959 und 1960 nach dem Alter der erfaßten Tuberkulösen ergibt, daß sich der Bestand absolut und relativ (d. h. im Vergleich zur Bevölkerung gleichen Alters) am stärksten bei den Kindern verminderte. Der Anteil der an einer Tuberkulose erkrankten Kinder unter 15 Jahren an allen Angehörigen dieser Jahrgänge ist um

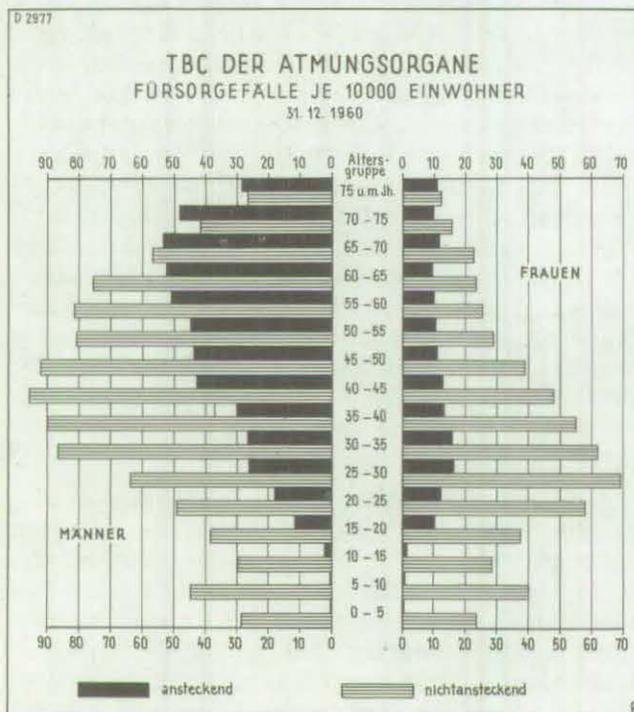
Tab. I Tbc-Fürsorgefälle 1959 und 1960
(Stand: 31.12.)

Alter (Jahre)		1959		1960	
		Be-stand	je 10 000 Einw.	Be-stand	je 10 000 Einw.
0 - 15	männl.	1 355	56	1 047	42
	weibl.	1 267	54	877	37
15 - 45	männl.	5 192	119	4 405	99
	weibl.	4 302	93	3 677	80
45 - 65	männl.	3 967	146	3 756	139
	weibl.	1 798	52	1 598	46
65 und älter	männl.	1 126	89	1 153	91
	weibl.	608	36	601	34
Insgesamt	männl.	11 640	108	10 361	95
	weibl.	7 975	66	6 753	55

mehr als ein Viertel gesunken. Mit zunehmendem Alter wurden die prozentualen Abnahmen geringer.

Eine feinere Altersgliederung ist dem folgenden Schaubild zugrunde gelegt worden. Die Pyramide stellt nur für die an aktiver Lungentuberkulose Erkrankten das zahlenmäßige Verhältnis zur gleichaltrigen Bevölkerung dar. Dabei sind - getrennt nach Männern und Frauen - die Morbiditätsziffern in der Unterteilung nach ansteckungsfähigen (offenen) und geschlossenen Tuberkulosen ausgewiesen.

Zunächst einmal fällt der bereits angesprochene im ganzen niedrigere Durchseuchungsgrad bei der weiblichen Bevölkerung ins Auge. Lediglich die 20- bis 25jährigen Frauen haben eine höhere Häufigkeitsziffer für Lungentuberkulose als die gleichaltrigen Männer (70 Tuberkulose je 10 000 Frauen gegenüber 67 je 10 000 Männer). Ferner wird deutlich, daß das Maximum



der Morbidität bei den Frauen bei 25 bis 30 Jahren liegt, während es bei den Männern erst erheblich später zwischen dem 45. und 50. Lebensjahr auftritt.

Der wesentliche Unterschied im Verlauf der beiden Verteilungen ist aber bei den Häufigkeiten der Offentuberkulosen zu suchen. Die unter 15 Jahre alten Kinder sind nur ganz schwach vertreten, die wenigen ansteckungsfähigen Tuberkulosen in diesem Alter spielen zahlenmäßig kaum eine Rolle. Größere Häufigkeiten treten erst bei den über 15jährigen auf; in der Masse handelt es sich dabei wohl um nicht mehr schulpflichtige Kinder. Während nun bei den Frauen die Häufigkeit der Fälle von ansteckender Lungentuberkulose sehr schnell ansteigt mit dem Maximum bei den 25- bis 30jährigen und dann allmählich wieder zurückgeht, ist das Bild bei den Männern etwas anders. Hier steigt die Tuberkulosehäufigkeit bis zu den 65- bis 70jährigen an. Der anschließende nicht geringe Rückgang hat kaum seinen Grund in einer geringeren Tbc-Anfälligkeit dieser Personen, sondern muß im wesentlichen auf mangelhafte Erfassung gerade der alten Tuberkulosen zurückgeführt werden.

Die letztlich noch herausragenden Maxima von aktiven geschlossenen Lungentuberkulosen bei den 5 bis 10 Jahre alten Jungen und Mädchen resultieren evtl. aus einer Übererfassung von unspezifischen Verdachtsfällen¹.

Neuerkrankungen

Genau wie der Bestand an Tuberkulosen ist auch die Zahl der jährlichen Zugänge von Personen mit einer aktiven Tbc seit längerem rückläufig. 1960 wurden rund 6 300 Zugänge bei den Fürsorgestellten registriert, 1959 waren es noch rund 6 700. Der Rückgang beträgt somit 6%.

Bei den erfaßten Zugängen sind zu unterscheiden:

Zuzüge in den örtlichen Bereich der Fürsorgestellten,
eigentliche Neuerkrankungen und
Übergänge aus anderen Krankheitsgruppen und aus der Überwachung².

Von allen Neuzugängen im Jahre 1960 waren fast drei Fünftel (rund 3 700) Neuerkrankungen. Gegenüber dem Jahr davor hat sich die absolute Zahl und auch ihr Anteil an den Zugängen vergrößert, während gleichzeitig der Anteil der Übergangsfälle zurückging. Die Zuzüge von Tuberkulosen aus anderen Bundesländern waren 1960 etwas häufiger als 1959, sie sind aber mit nur 132 Fällen kaum von Bedeutung.

1) Tuberkulose-Jahrbuch 1959, herausgegeben von Dr. Fritz Kreuser, Göttingen 1961, S. 71

2) In die Überwachung wird eine Person dann übergeführt, wenn die Tuberkulose inaktiv geworden ist

Tab. 2 Neuerkrankungen an Lungentuberkulose im Jahre 1960 nach Alter und Geschlecht

Altersgruppe (Jahre)	Von 10 000 Einwohnern der jeweiligen Altersgruppe erkrankten an Lungentuberkulose			
	ansteckend		nichtansteckend	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
0 - 5	0,2	0,4	14,7	10,0
5 - 10	0,1	0,3	18,7	11,5
10 - 15	0,9	0,3	8,7	10,0
15 - 20	4,1	2,2	9,0	10,1
20 - 25	4,3	4,9	10,7	12,5
25 - 30	6,4	3,4	12,9	14,8
30 - 35	6,7	3,0	7,8	6,9
35 - 40	8,5	2,8	12,6	9,5
40 - 45	6,4	3,4	11,1	5,5
45 - 50	10,2	2,3	12,2	5,2
50 - 55	9,4	2,6	13,0	5,0
55 - 60	10,8	1,7	14,3	3,9
60 - 65	13,4	2,6	15,1	4,7
65 - 70	8,9	2,8	12,0	4,1
70 - 75	9,7	3,1	6,6	2,5
75 und mehr	7,5	3,2	3,9	2,5

Außer bei den extrapulmonalen Tuberkulosen sind bei den Neuerkrankungen an Lungen-Tbc die Männer ebenfalls in der Überzahl. An ansteckender Lungentuberkulose mit Bakterienachweis erkrankten mehr als doppelt soviel Männer wie Frauen, an aktiver geschlossener Lungentuberkulose über ein Drittel mehr Männer als Frauen. Die größere Anfälligkeit der Männer verstärkt sich mit zunehmendem Alter. Das Maximum der Erkrankungshäufigkeit lag bei den Männern im Alter zwischen 60 und 65 Jahren. Sie erkrankten mehr als fünfmal so häufig an einer ansteckenden Lungen-Tbc wie die gleichaltrigen Frauen.

Das Morbiditätsmaximum der Frauen lag 1960 zwischen 20 und 25 Jahren bei offener und zwischen 25 und 30 Jahren bei aktiver geschlossener Tuberkulose. In diesen Altersgruppen lag die Zahl der erkrankten Frauen je 10 000 Gleichaltrige höher als die entsprechenden Raten der Männer.

Kreisergebnisse

Innerhalb des Landes ist eine erhebliche Streuung des Bestandes an Tuberkulösen von Kreis zu Kreis festzustellen. Den höchsten Bestand - gemessen an der Zahl der Einwohner - hatte Ende 1960 der Kreis Eiderstedt mit 137, den niedrigsten der Kreis Rendsburg mit nur 44 Tuberkulosekranken je 10 000 Einwohner. Weitere hohe Bestandsziffern wurden für die Stadt Kiel (106) und die Kreise Plön (106) und Eckernförde (103) errechnet. Ausgesprochen niedrig gegenüber dem Landesdurchschnitt lag die Tuberkulose-Morbidität außer im Kreise Rendsburg noch in den Kreisen Schleswig, Segeberg, Eutin, Südtondern und Flensburg-Land.

Auch das Ausmaß der oben erwähnten Bestandsabnahme ist in den einzelnen Kreisen unterschiedlich. Da diese regionalen Abnahmen

jedoch zum großen Teil mitbedingt sind durch Karteibereinigungen mit nachfolgender Neufeststellung des Bestandes, kann auf sie im einzelnen nicht eingegangen werden.

Tab. 3 Tbc-Fürsorgefälle am 31.12.1960 in den Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis	Tuberkulose-Fürsorgefälle insgesamt	Von 10 000 Einwohnern waren erkrankt an		
		offener	aktiver geschlossener	Tuberkulose anderer Organe
Flensburg	933	29	51	15
Kiel	2 875	18	79	9
Lübeck	1 840	24	48	7
Neumünster	612	15	58	11
Eckernförde	673	17	73	13
Eiderstedt	261	34	82	22
Eutin	482	10	34	9
Flensburg-Land	368	20	24	10
Hzgt. Lauenburg	931	22	40	9
Husum	459	12	54	7
Norderdithmarschen	369	18	34	11
Oldenburg (Holstein)	480	20	31	11
Pinneberg	1 249	16	38	5
Plön	1 150	21	69	15
Rendsburg	689	14	25	5
Schleswig	476	16	27	5
Segeberg	446	12	26	9
Steinburg	927	21	48	7
Stormarn	1 002	13	50	8
Süderdithmarschen	556	15	52	9
Südtondern	336	9	39	8
Schleswig-Holstein	17 114	18	48	9

Die Zahl der Neuerkrankungen an Lungentuberkulose in den einzelnen Kreisen hängt nicht unwesentlich von der Intensität ab, mit der Gruppenuntersuchungen durchgeführt werden. Dabei

Tab. 4 Neuerkrankungen¹ an Lungentuberkulose in den Kreisen 1959 und 1960

Kreisfreie Stadt Landkreis	Von 10 000 Einwohnern erkrankten an aktiver Lungentuberkulose	
	1959	1960
Flensburg	15	11
Kiel	17	22
Lübeck	18	10
Neumünster	10	9
Eckernförde	16	15
Eiderstedt	40	14
Eutin	15	10
Flensburg-Land	22	11
Hzgt. Lauenburg	14	16
Husum	17	15
Norderdithmarschen	12	17
Oldenburg (Holstein)	12	18
Pinneberg	14	9
Plön	10	9
Rendsburg	9	11
Schleswig	9	16
Segeberg	9	14
Steinburg	14	16
Stormarn	13	12
Süderdithmarschen	10	18
Südtondern	16	12
Schleswig-Holstein	14	14

1) einschl. Zuzüge aus anderen Ländern

ist in erster Linie an die periodisch durchgeführten Röntgenreihenuntersuchungen zu denken, aber auch an Gruppenuntersuchungen zur Ermittlung möglicher Infektionen in der Umgebung eines Offen-Tuberkulösen. Der regionale Einfluß der Ergebnisse der Röntgenreihenuntersuchung ist an den beträchtlich über dem Landesdurchschnitt liegenden Zugangsziffern in der Stadt Kiel sowie in den Landkreisen Oldenburg, Süder- und Norderdithmarschen zu erkennen. Der periodische Faktor wird außerdem an dem erheblichen Anstieg der Erkrankungsziffern gegenüber 1959 z. B. in den Kreisen Schleswig und Segeberg deutlich. In den genannten Kreisen

lief 1960 der vierte (in Kiel bereits der fünfte) Durchgang der RRU, wobei augenscheinlich wieder eine erhebliche Zahl bisher unbekannter Tuberkulöser ermittelt wurden. Im Jahre 1959 waren die Aufnahmetrupps der RRU u. a. in den Kreisen Eiderstedt, Flensburg-Land, Südtondern und Husum tätig, was sich in jenem Jahr dort ebenfalls in einer merklich höheren Zahl von Meldungen über Neuerkrankte niederschlug.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Die Tuberkulose im Jahr 1959" in *Wirtschaft und Statistik* 1960, S. 588 (Oktober)

Die Qualität der Wohnungen in Land und Bund

- Ergebnisse der 1%-Wohnungstichprobe 1960 -

Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein hat bereits im Herbst 1960 die ersten vorläufigen Ergebnisse der 1%igen Wohnungstichprobe vom Frühjahr 1960 veröffentlicht.¹ Diese Darstellung war eine globale Analyse des Wohnungsmarktes anhand der Ergebnisse einer im Statistischen Landesamt durchgeführten Schnellauswertung. Die eingehendere und damit auch zeitraubendere Auswertung ist von dem Statistischen Bundesamt durchgeführt worden, das nun Länderergebnisse veröffentlicht hat.²

In dem folgenden Beitrag soll auf der Grundlage dieser Ergebnisse als Strukturuntersuchung die Qualität des Wohnungsbestandes, insbesondere verglichen mit dem des Bundesgebietes, behandelt werden. In diesem Sinne genügt es, mit Relativzahlen zu arbeiten und auf eine mehr oder weniger problematische Hochrechnung auf absolute Werte zu verzichten.

Für die Beurteilung der Qualität der Wohnungen sollen in dieser Darstellung im wesentlichen zwei Gesichtspunkte ausschlaggebend sein. Einmal der Gesichtspunkt der sanitären Anlagen und zum anderen der der Küchenausstattung. Es ist offensichtlich, daß diese grobe Einteilung kein vollständiges Bild des Wohnwertes unserer Wohnungen geben kann. Viele andere Umstände, die die Qualität des Wohnungsbestandes bestimmen, wie Lage, Belichtung, Lärm u. dgl., sind nicht berücksichtigt. Weitergehende Angaben, besonders mit dem Ziel, die Höhe des Sanierungsbedarfs hinsichtlich des Wohnungsbestandes genauer zu bestimmen und auch

regional festzulegen, werden aus den Ergebnissen der wohnungsstatistischen Feststellungen im Rahmen der Volkszählung 1961 erwartet.

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich nur auf Wohnungen, die in der Statistik im allgemeinen als Normalwohnungen bezeichnet werden. Die Notwohnungen, das sind Kellerwohnungen, z. T. Dachgeschoßwohnungen, Wohnungen in Baracken u. dgl., sind darin nicht enthalten.

Allgemeine Strukturmerkmale

Als Hintergrund für die Darstellung der Qualität des Wohnungsbestandes dient eine vergleichende Betrachtung der Siedlungsstruktur, des Baualters der Wohnungen und der Wohnungsgrößen.

Die Strukturdaten des Wohnungsbestandes Schleswig-Holsteins, entstanden auf dem Boden historischer, sozialer und wirtschaftlicher Faktoren, weichen in keinem der angeführten Punkte wesentlich vom Bundesdurchschnitt ab. Die geringen Unterschiede zum Bund erklären sich alle aus dem betonteren landwirtschaftlichen Einschlag des Landes und aus seiner späteren wirtschaftlichen Entwicklung als Randgebiet.

Es gibt in Schleswig-Holstein etwa gleichviel Wohnungen ältesten Baujahres - vor 1900 gebaut - und jüngsten Baujahres - nach dem 21. 6. 1948 gebaut - und zwar jeweils mit einem Anteil von rund 30%. Im Bund sind die jüngsten Baujahre etwas stärker vertreten. Den mittleren Baujahren, nämlich den Zeitabschnitten 1900 bis 1923 und 1924 bis 1948, sind je ein

1) "Der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein" in *Stat. Monatsh.* S.-H. 1960, S. 196 (September)

2) "Die Qualität des Wohnungsbestandes 1960" in *Wirtschaft und Statistik* 1961, S. 285 (Mai)

Tab. 1 Das Baualter der Wohnungen

	Von 100 Wohnungen sind gebaut worden			
	vor 1900	1900 - 1923	1924 - 20.6.1948	nach dem 20.6.1948
Mietwohnungen				
Schleswig-Holstein Bundesgebiet	26	21	22	30
ohne Berlin	24	19	19	36
Eigentümerwohnungen				
Schleswig-Holstein Bundesgebiet	31	17	20	31
ohne Berlin	34	14	21	30
Insgesamt				
Schleswig-Holstein Bundesgebiet	28	20	21	30
ohne Berlin	28	17	20	34

Fünftel des Wohnungsbestandes zuzurechnen. Die Altersgruppe 1900 bis 1923 hebt sich, verglichen mit dem Bund, etwas hervor.

Die mehr oder weniger aufgelockerte Siedlungsform wird erkennbar bei einer Aufgliederung des Wohnungsbestandes nach Wohnungen in Bauernhäusern, Ein- und Zweifamilienhäusern und in Mehrfamilienhäusern. Sowohl im Bund als auch im Land ist jede 10. Wohnung Bestandteil eines Bauernhauses.³ Die überbleibende Masse der Wohnungen befindet sich fast zu gleichen Teilen in Ein- und Zweifamilienhäusern und in Mehrfamilienhäusern. Im Land haben in dieser Hinsicht die Ein- und Zweifamilienhäuser ein etwas größeres Gewicht als im Bund. Im Zusammenhang hiermit ist noch zu erwähnen, daß etwa 60% der Wohnungen von Mietern und 40% von den Hauseigentümern bewohnt werden oder Eigentumswohnungen sind.

Etwas stärker als im Bund (60%) überwiegen in Schleswig-Holstein (65%) die Wohnungen mittlerer Größe. Das sind Wohnungen mit drei oder vier Zimmern. Die kleinen Wohnungen - ein und zwei Zimmer - kommen im Bund (10%) häufiger vor als im Land (6%). Die großen Wohnungen - fünf und mehr Zimmer - sind mit einem Anteil

Tab. 2 Die Größe der Wohnungen

	Von 100 Wohnungen haben		
	1 - 2 Zimmer	3 - 4 Zimmer	5 und mehr Zimmer
Fertiggestellt bis 20.6.1948			
Schleswig-Holstein Bundesgebiet ohne Berlin	4	64	32
	10	57	33
Fertiggestellt nach dem 20.6.1948			
Schleswig-Holstein Bundesgebiet ohne Berlin	10	66	24
	10	67	23
Insgesamt			
Schleswig-Holstein Bundesgebiet ohne Berlin	6	65	29
	10	60	30

3) oder einer Kleinsiedlerstelle und Nebenerwerbsstelle

von rund 30% im Land und Bund gleich stark vertreten.

Bei einer groben Gruppierung der Wohnungen nach zwei Baualtersgruppen, nämlich die vor oder nach dem 2. Weltkrieg gebauten, zeigt sich, daß der angedeutete Unterschied der Wohnungsgröße sich fast ausschließlich auf Wohnungen bezieht, die im wesentlichen der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg zuzurechnen sind.

Sanitäre Ausstattung und Beheizung

Für die Beurteilung der sanitären Ausstattung der Wohnungen muß man sinnvoll die rein bäuerlichen Wohnungen, die in dieser Hinsicht anders zu beurteilen sind, von den Wohnungen, die nicht im Zusammenhang mit einem landwirtschaftlichen Betrieb stehen, trennen. Als erstes werden also nur Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und in Mehrfamilienhäusern betrachtet. Man kommt auch nicht umhin, gewisse Wertschätzungen einzuführen, die vielleicht in diesen oder jenen Fällen nicht allgemein Gültigkeit haben. Es darf aber angenommen werden, daß das WC und das Bad in der Wohnung als ausschlaggebend für den Wohnwert betrachtet wurden. Ob aber eine zentrale Beheizung oder einzelne Öfen vorteilhafter sind, darüber gehen die Meinungen vielfach auseinander.

Allgemein kann gesagt werden, daß hinsichtlich der sanitären Ausstattung die Wohnungen Schleswig-Holsteins im Schnitt nicht so vollwertig erscheinen wie die des Bundes, in der Beheizung dagegen vielleicht etwas moderner, wenn man eine zentrale Beheizung so nennen will.

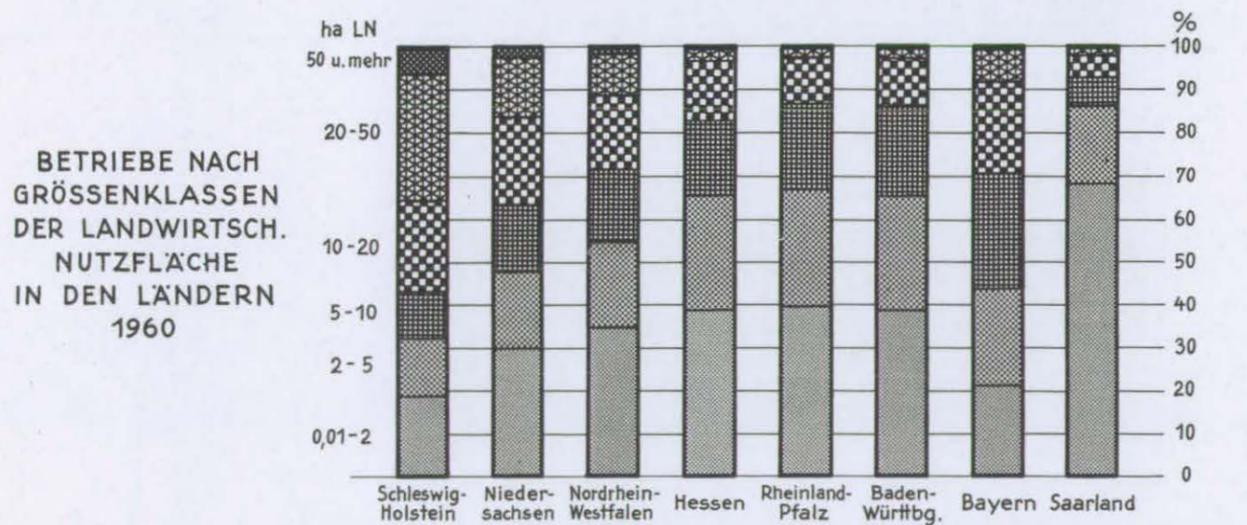
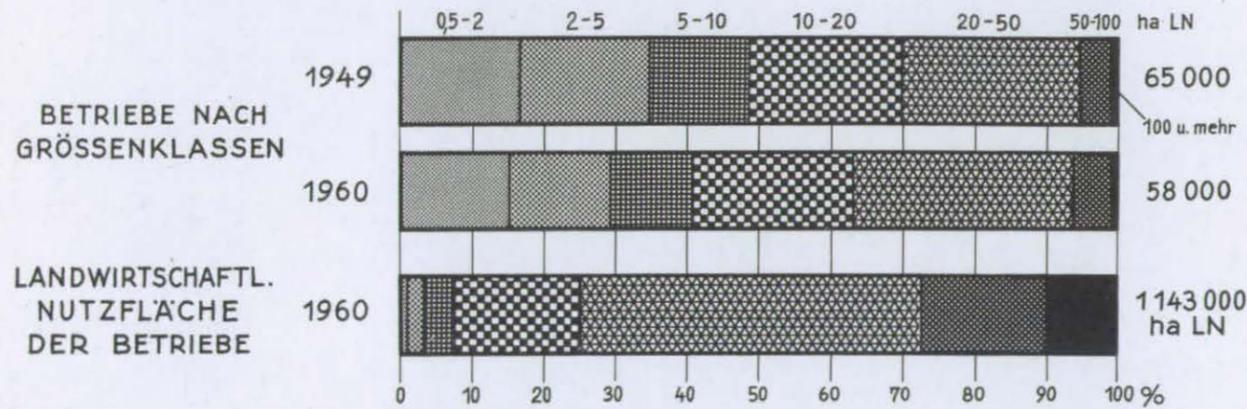
In Schleswig-Holstein haben 54% der angeführten Wohnungen eine Spültoilette, im Bund dagegen 68%. Spültoiletten auf der Etage oder außerhalb des Hauses sind hierin nicht enthalten. Gibt man sich damit noch zufrieden, so können in Schleswig-Holstein 67% der Wohnungen und im Bund 80% der Wohnungen hinsichtlich der Toiletten als sanitär ausreichend ausgestattet angesehen werden.

Auch das Badezimmer ist in den Wohnungen Schleswig-Holsteins seltener anzutreffen, nämlich nur bei 39% der Wohnungen gegenüber 52% im Bundesgebiet. Da aber hier die Wohnungen etwas häufiger zentral beheizt werden, steht Schleswig-Holstein in dem Anteil der "vollwertigsten" Wohnungen - Wohnung mit WC, Bad und Zentralheizung - dem Bund nicht nach (13%).

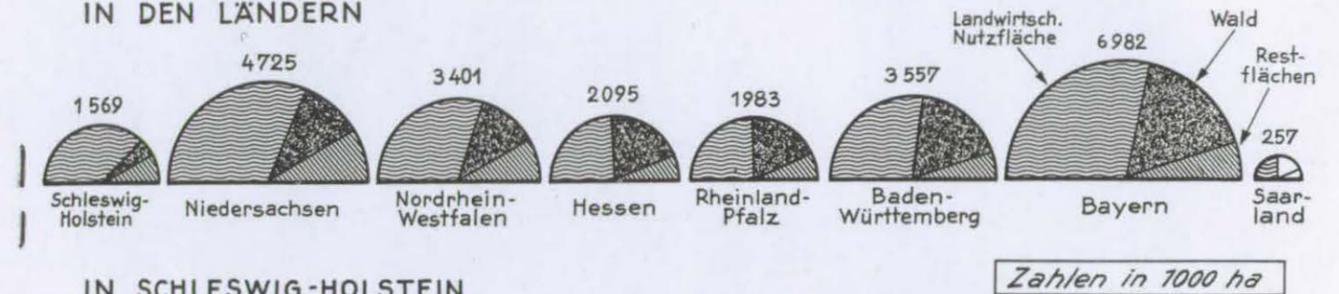
In Tabelle 3 sind die Anteile der Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand in der Reihenfolge eines angenommenen Wohnwertes aufgeführt. Neben einem Vergleich mit dem Bund kann man

ZUR STRUKTUR DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN LANDWIRTSCHAFT 1960

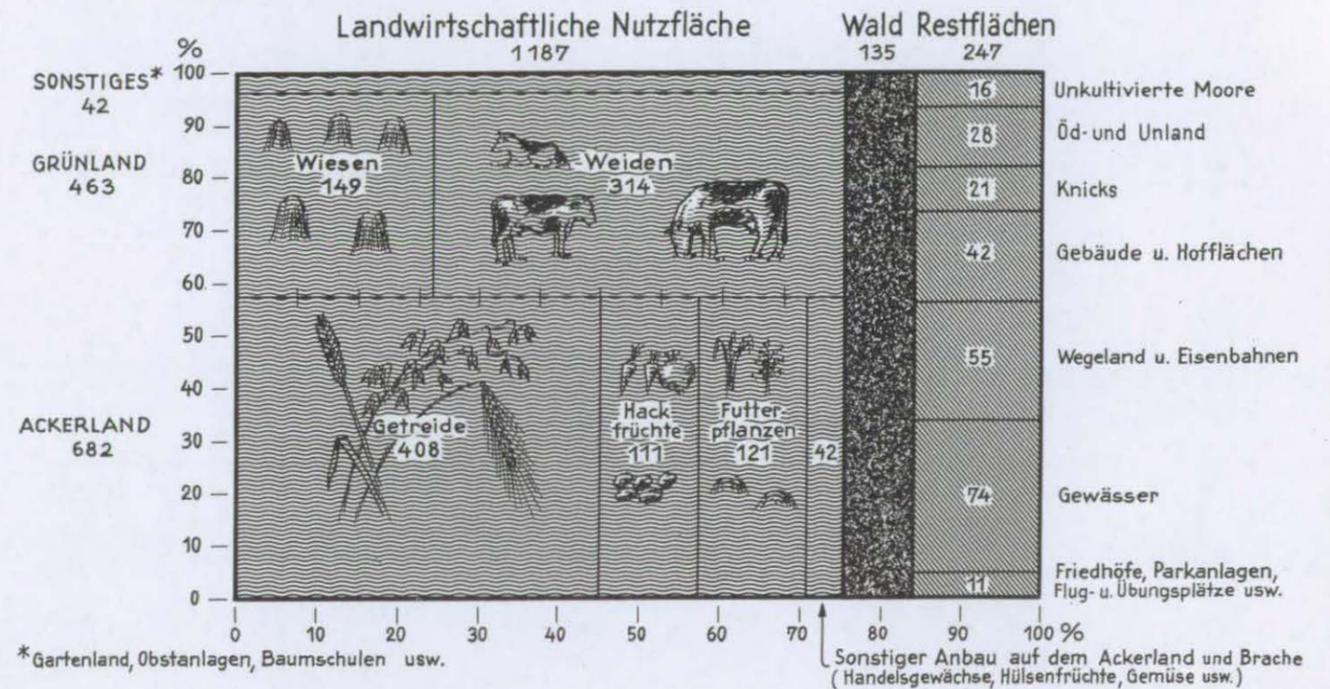
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTLICHE BETRIEBE



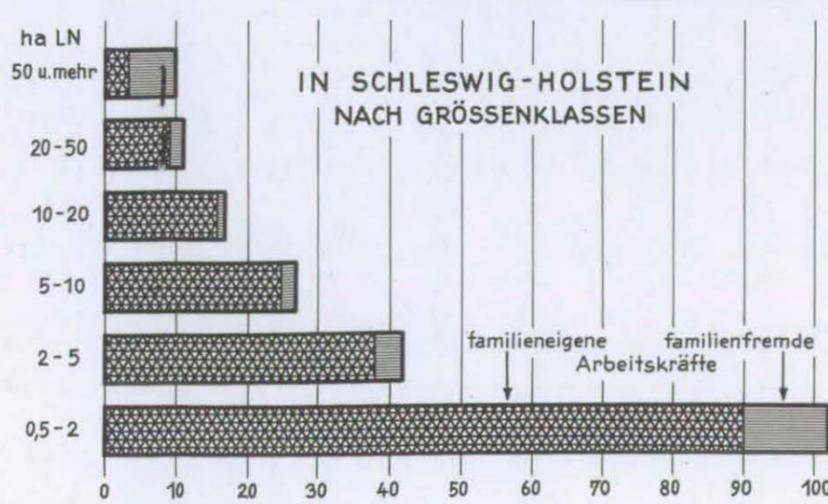
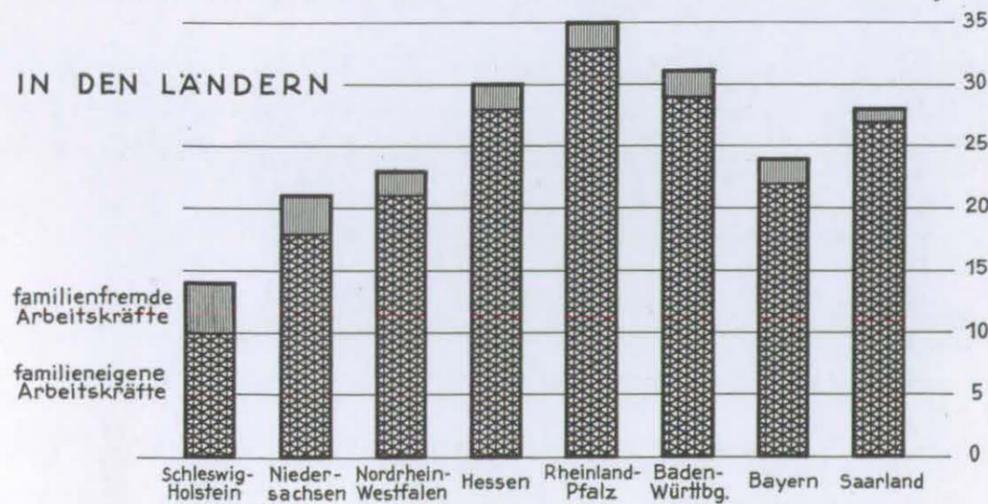
DIE WIRTSCHAFTSFLÄCHE UND IHRE NUTZUNG IN DEN LÄNDERN



IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



STÄNDIG BESCHÄFTIGTE ARBEITSKRÄFTE je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im Mai 1960



Schleswig-Holstein ist in der Bundesrepublik das Land mit dem größten Anteil bäuerlicher Familienbetriebe. Über 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegen in Betrieben zwischen 10 und 100 ha Größe. Die Betriebe zwischen 20 und 50 ha haben ihren Anteil in den letzten 10 Jahren beträchtlich erhöht. Aus der abweichenden Größenstruktur erklären sich auch in starkem Maße die Unterschiede im Arbeitskräftebesatz. Bei geringstem Gesamtbesatz hat Schleswig-Holstein den höchsten Anteil familienfremder Arbeitskräfte von allen Bundesländern. Zwischen den einzelnen Betriebsgrößenklassen zeigen sich charakteristische Unterschiede. Die familienfremden Arbeitskräfte sind hauptsächlich in den Großbetrieben eingesetzt, während in den ausgesprochen bäuerlichen Betrieben fast nur mit Familienkräften gearbeitet wird. Auf die unteren Größenklassen entfällt nur wenig Fläche, so daß der hier noch erscheinende Besatz absolut nicht so sehr ins Gewicht fällt. - Die Gesamtfläche Schleswig-Holsteins wird zu 76% landwirtschaftlich genutzt. Auch damit liegt Schleswig-Holstein an der Spitze aller Bundesländer, während es andererseits das waldärmste Land der Bundesrepublik ist.

Tab. 3 Die Wohnungen¹ nach Ausstattungstypen

Sanitäre Ausstattung und Beheizung	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet ohne Berlin
	Von 100 Wohnungen besaßen	
Bad, WC, Zentralheizung	13	12
Bad, WC, Ofenheizung	26	40
WC in der Wohnung	15	16
WC im Hause	13	12
Kein WC	33	20
Insgesamt	100	100

1) ohne Wohnungen in Bauernhäusern, Kleinsiedlerstellen und Nebenerwerbsstellen

diese Werte für eine Berechnung der Größenordnung des Sanierungsbedarfs hinsichtlich der sanitären Ausstattung, je nach den gestellten Anforderungen, verwenden. Sollen z. B. alle Wohnungen mit einem WC und einem Bad ausgestattet werden, so sind in Schleswig-Holstein über 300 000 Wohnungen zu sanieren. Begnügt man sich als erstes nur mit einer Spültoilette in der Wohnung, verzichtet also auf das Bad, so sind etwa 240 000 Wohnungen umzubauen.

Die sanitäre Ausstattung der bäuerlichen Wohnungen Schleswig-Holsteins, worin die Wohnungen der Kleinsiedlerstellen und Nebenerwerbsstellen eingeschlossen sind, unterscheidet sich im Schnitt nicht von denen des Bundes. Zwei Drittel dieser Wohnungen haben kein WC, aber

immerhin jede vierte bäuerliche Wohnung verfügt neben dem WC über ein Bad.

Ausstattung der Küchen

Wasser und Herd sind die primären Voraussetzungen für eine vollwertige Küche oder Kochnische. Beim Herd spielt zudem die Art der Beheizung, ob Kohle, Gas, Strom oder Kombinationen davon, für die Beurteilung der technischen Ausstattung einer Küche eine wesentliche Rolle.

Abgesehen von der ländlichen Struktur Schleswig-Holsteins treten bekanntlich in Teilen der Westküste besondere naturbedingte Schwierigkeiten für die Wasserversorgung auf. Es ist daher durchaus erklärlich, daß ein verhältnismäßig hoher Anteil, nämlich 20% der Küchen keine eigene Wasserzapfstelle besitzt. Im Bund gibt es nur etwa 10% solcher Küchen. Der Unterschied zwischen dem Bund und Schleswig-Holstein hinsichtlich des Wasseranschlusses in der Küche ist bei den Mietwohnungen, die überwiegend in städtischen Gebieten auftreten, nicht so groß wie bei den Eigentümerwohnungen, wozu auch die Wohnungen in Bauernhäusern zählen.

Tab. 4 Die Küchen nach der Art der Herdanschlüsse

	Von 100 Küchen haben Anschlüsse für						
	Elektroherd, Gas- und Kohleherd	Gasherd und Kohleherd	Elektroherd und Kohleherd	Kohleherd	Gasherd	Elektroherd	Elektroherd und Gasherd
Mietwohnungen							
Schleswig-Holstein	6	45	13	13	15	5	2
Bundesgebiet ohne Berlin	12	41	23	13	6	4	2
Eigentümerwohnungen							
Schleswig-Holstein	5	26	33	23	6	5	2
Bundesgebiet ohne Berlin	6	21	42	23	3	3	1
Insgesamt							
Schleswig-Holstein	6	37	21	17	11	5	2
Bundesgebiet ohne Berlin	9	33	31	17	5	3	1

Die Möglichkeit, mit Kohle und Gas zu kochen, ist bei über einem Drittel der Wohnungen Schleswig-Holsteins gegeben. Die Kombination Kohle und Elektroherd findet man in einem Fünftel der Küchen. Bei 6% der Küchen sind alle drei Arten der Zubereitung der Mahlzeiten möglich. Nur einen Kohleherd, d. h. ohne die technische Voraussetzung auch einen Gas- oder Elektroherd anschließen zu können, haben 17% der Küchen, nur einen Gasanschluß hat jede zehnte, nur einen Elektroanschluß jede zwanzigste Küche. Der wesentliche Unterschied in der Beheizung der Küchen zwischen Mietwohnungen und Eigentümerwohnungen besteht darin, daß die Küchen in Mietwohnungen doppelt so häufig Anschlüsse für einen Kohle- und Gasherd

aufweisen wie die Eigentümerwohnungen. Letztere Küchen sind aber umso häufiger mit einem Anschluß für einen Elektroherd zusätzlich zum Kohleherd versehen. Zu erwähnen ist außerdem, daß der Kohleherd allein wesentlich häufiger bei Eigentümerwohnungen anzutreffen ist als bei Mietwohnungen.

Hervorstechende Unterschiede zwischen dem Bund und Schleswig-Holstein hinsichtlich der Art der Herdanschlüsse in den Küchen sind nicht zu erkennen. Lediglich ist zu sagen, daß die Kombination Elektro- und Kohleherd häufiger im Bund und die Kombination Gas- und Kohleherd häufiger in Schleswig-Holstein vorkommt.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1960

Im Sommerhalbjahr 1960 wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsgemeinden 1,2 Mill. Gäste mit 8,6 Mill. Übernachtungen gezählt. Damit erhöhte sich die Zahl der Gäste und Übernachtungen im unfreundlichen Sommer 1960 gegenüber den Ergebnissen in den ausgesprochen schönen Sommermonaten des Jahres 1959 noch um 4%. Seit 1952 war dies allerdings der geringste prozentuale Anstieg des sommerlichen Erholungsreiseverkehrs in Schleswig-Holstein, wie aus der Abbildung hervorgeht.

Von den Gästen, die im Sommer 1960 in den Beherbergungsstätten der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsgemeinden übernachteten, kamen 171 000 aus dem Ausland, 112 000 davon allein aus Dänemark und Schweden.

Die Zahl der ausländischen Sommergäste stieg gegenüber 1959 um 13%. Demnach hat sich im letzten Sommer der Ausländerreiseverkehr im Verhältnis erheblich stärker erweitert als der Inländerreiseverkehr. Dagegen hatte die Zahl der Auslandsgäste im Sommerhalbjahr 1959 nur ganz geringfügig zugenommen, während sich in der gleichen Zeit die Zahl der inländischen Sommergäste um fast 14% erhöht hatte.

Interessant ist, wie sich die Fremdenmeldungen und Übernachtungen auf die verschiedenen Fremdenverkehrsbetriebe verteilen. Annähernd drei Fünftel aller registrierten Sommergäste nahmen in Hotels und Gasthöfen Quartier. Ihr Aufenthalt dauerte allerdings im Schnitt nur knapp drei Tage. Ein Viertel aller Gäste übernachteten in Privatquartieren und hielt sich dort im Mittel 13 Tage auf. In Fremdenheimen, Pensionen, Hospizen sowie in Erholungs- und Ferienheimen logierten 16% aller Gäste mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von

knapp 13 Tagen. Nur 1,2% der Gäste weilten zur Kur in Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten. Die Kuraufenthalte dauerten durchschnittlich etwa 33 Tage. Hinsichtlich der Fremdenmeldungen haben die Hotels und Gasthöfe zwar den größten Anteil am sommerlichen Fremdenverkehr, aber hinsichtlich der Übernachtungen werden sie infolge des kurzen Aufenthalts ihrer Gäste von den Privatquartieren weit überrundet. Nicht ganz die Hälfte aller Fremdenübernachtungen im Sommerhalbjahr 1960 fand in Privatquartieren statt, hingegen nur ein Fünftel in Hotels und Gasthöfen (vergleiche Tabelle 1).

Tab. 1 Die Fremdenmeldungen und Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1960 nach Betriebsarten

Betriebsart	Gemeldete Gäste		Übernachtungen		Übernachtungen je Gast
	Anzahl in 1 000	Anteil in %	Anzahl in 1 000	Anteil in %	
Hotels und Gasthöfe	671	57,0	1 807	21,1	2,7
Fremdenheime, Pensionen, Hospize	133	11,3	1 703	19,8	12,8
Erholungs- und Ferienheime	49	4,2	633	7,4	12,9
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	14	1,2	451	5,3	32,9
Privatquartiere	310	26,3	3 983	46,4	12,9
Zusammen	1 177	100	8 577	100	7,3

Im Vergleich zum Sommerhalbjahr 1959 waren die Aufenthalte der Gäste im Sommer 1960 in den meisten Betriebsarten etwas länger. So blieben die Sommergäste 1960 in Fremdenheimen, Pensionen, Hospizen, Privatquartieren sowie in Erholungs- und Ferienheimen im Mittel etwa einen Tag länger als im vorhergehenden Sommer. In den Hotels und Gasthöfen änderte sich die Aufenthaltsdauer nur geringfügig, während sich die Kuraufenthalte in Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten um drei Tage verlängerten.

Die Fremdenverkehrsgemeinden registrieren die Fremdenmeldungen und Übernachtungen nicht nur in ihren Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren, sondern auch in ihren Jugendherbergen und Kinderheimen sowie auf ihren Zeltplätzen. Im Sommerhalbjahr 1960 wurden

in Jugendherbergen 221 000 Gäste mit 577 000 Übernachtungen
 " Kinderheimen 71 000 " " 1 839 000 "
 auf Zeltplätzen 270 000 " " 1 617 000 "

gezählt. Die Aufenthaltsdauer in den Jugendherbergen ist relativ kurz, sie betrug im Sommer 1960 im Mittel nur 2,6 Tage. In den Kinderheimen blieben die Kinder etwa 26 Tage lang. Die Campingfreunde hielten sich durchschnittlich 6 Tage auf einem Zeltplatz auf. Gegenüber dem vorigen Sommerhalbjahr hat sich die Zahl der Gäste in Jugendherbergen um 11% und die auf Zeltplätzen um gut 20% vermin-



dert. Dieser Rückgang dürfte weitgehend durch das schlechte Sommerwetter im Jahre 1960 zu erklären sein. Bei den Jugendherbergen war allerdings im vorhergehenden Jahr auch schon eine rückläufige Tendenz zu beobachten, was einerseits damit zusammenhängen dürfte, daß mit steigendem Lebensstandard diese ziemlich einfachen und billigen Übernachtungsmöglichkeiten weniger in Anspruch genommen werden und andererseits damit, daß mit der zunehmenden Entwicklung des Camping den Jugendherbergen ein Teil ihrer früheren Gäste entzogen wird.

Das Sommerhalbjahr im Fremdenverkehr erstreckt sich auf die Monate April bis einschließlich September. Die Hauptsaison des schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrs konzentriert sich auf die Monate Juni, Juli und August. Allein auf Juli und August 1960 entfielen reichlich die Hälfte aller im Sommerhalbjahr gemeldeten Gäste und zwei Drittel aller Übernachtungen. Im September fanden mehr Übernachtungen statt als im April und Mai zusammen. Das zeigt, daß in Schleswig-Holstein der Sommermonat September als Urlaubszeit den Frühlingsmonaten April und Mai vorgezogen wird. Insbesondere die Nordseebäder eignen sich ausgezeichnet für spätsommerliche Ferienaufenthalte.

Nahezu vier Fünftel aller Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartie-

Tab. 2 Die Fremdenmeldungen und Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1960 nach Gemeindegruppen

Gemeindegruppe	Gemeldete Gäste		Übernachtungen		Übernachtungen je Gast
	Anzahl in 1 000	Anteil in %	Anzahl in 1 000	Anteil in %	
Großstädte	132	11,2	253	2,9	1,9
Heilbäder	37	3,2	396	4,6	10,6
Luftkur- u. Erholungsorte	131	11,1	726	8,5	5,5
Nordseebäder	230	19,6	3 225	37,6	14,0
Ostseebäder	333	28,3	3 515	41,0	10,6
Sonst. Berichtsgemeinden	313	26,6	463	5,4	1,5
Zusammen	1 177	100	8 577	100	7,3

ren der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsgemeinden konnten die Seebäder im Sommerhalbjahr 1960 auf sich vereinigen. Ihr Anteil an den gemeldeten Gästen machte indessen nur 48% aus; dies erklärt sich aus der verhältnismäßig langen Aufenthaltsdauer in den Seebädern. An der Nordsee betrug sie im Schnitt vierzehn und an der Ostsee knapp elf Tage. Am kürzesten halten sich die Reisegäste in den Großstädten Kiel und Lübeck sowie in den sonstigen Fremdenverkehrsgemeinden auf. Im Sommer 1960 blieben sie hier durchschnittlich nur anderthalb bis zwei Tage.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1959" und "Der Fremdenverkehr im Jahre 1957/58" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 100 (Mai) bzw. 1959, S. 90 (April) sowie "Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1960" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 96 (Februar)

Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Bund 1950-1960

Unter den verschiedenen Möglichkeiten, Teile des Einkommens nicht zu verbrauchen, spielt das Kontensparen immer noch die Hauptrolle. Die weiteren Sparmöglichkeiten, wie Bausparen, Versicherungssparen und der Kauf von Wertpapieren u. ä. erfreuen sich zwar zunehmender Beliebtheit, können aber in quantitativer Hinsicht nicht mit dem Sparbuch konkurrieren. Trotz Währungsschnitts und großer Konsumfreudigkeit einerseits und weitgehendem Ersatz der individuellen Vorsorge für Lebensrisiken durch staatliche Maßnahmen andererseits (z. B. Zwangsversicherung für selbständige Landwirte u. ä.) unterhält heute jeder zweite Einwohner des Bundesgebietes ein Sparguthaben bei einer Sparkasse¹. Das durchschnittliche Sparguthaben bei Sparkassen belief sich zu dieser Zeit auf 1 159 DM. Die bei allen Sparkassen geführten Sparkonten ergaben zusammengenommen 33 Mrd. DM.

1) Nach Angaben im Jahresbericht 1960 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. Seite 11 und Seite 94, wurden bei den Sparkassen im Bundesgebiet fast 30 Mill. Sparkonten (Sparbücher) von Privatpersonen geführt, davon 75 % von Arbeitnehmern und Rentnern

Geht man davon aus, daß bei den öffentlich-rechtlichen Sparkassen des Bundesgebietes (Stadtsparkassen, Kreissparkassen) etwa zwei Drittel der Spareinlagen aller Banken unterhalten werden, und überträgt man diesen Anteil auch auf die Zahl der Sparkonten, dann dürften Ende 1960 etwa 42 Mill. Sparbücher im Bundesgebiet vorhanden gewesen sein. Die Spareinlagen bei sämtlichen Kreditinstituten bezifferten sich auf insgesamt 48,6 Mrd. DM, das waren etwas mehr als 900 DM je Einwohner. Bei dieser Betrachtung sind selbstverständlich die nicht sparfähigen Bevölkerungsteile eingeschlossen. Dieser Durchschnittsbetrag bezieht sich also auf alle Einwohner der Bundesrepublik vom Säugling bis zum Greis.

In Schleswig-Holstein stellten sich die gesamten Spareinlagen am 31. 12. 1960 auf 1,5 Mrd. DM oder 664 DM je Einwohner. Die schleswig-holsteinischen Sparkassen allein verwalteten am Jahresende 1960 über 1 Mrd. DM Spareinlagen, die sich auf nahezu 960 000 Sparbücher verteilten. Ergänzt man auch hier nach den für das Bundesgebiet angenommenen Relationen die

Spareinlagen¹ im Bund und in den Ländern

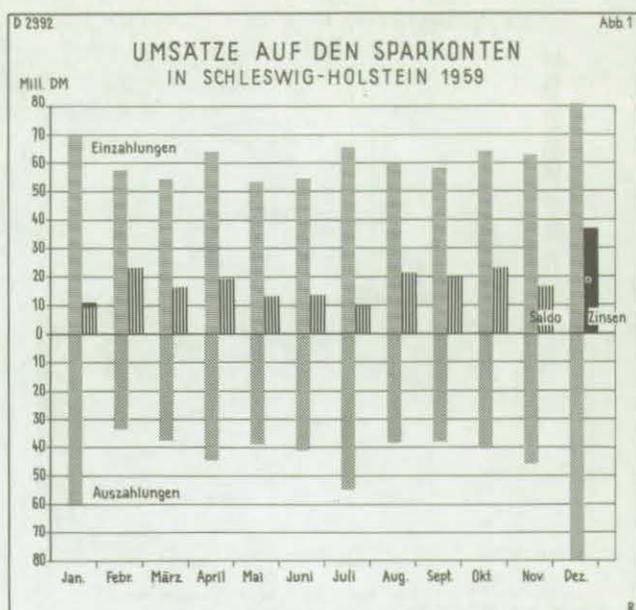
Gebiet	Ende 1950		Ende 1955		Ende 1960	
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.
Schleswig-Holstein	131	51	606	266	1 534	664
Hamburg	140	86	1 032	579	2 378	1 294
Niedersachsen	504	74	2 256	345	5 506	837
Nordrhein-Westfalen	1 144	86	6 290	423	15 284	964
Bremen	52	92	306	479	723	1 026
Hessen	332	76	1 665	364	4 206	879
Rheinland-Pfalz	249	82	1 122	340	2 687	788
Bayern	676	74	3 340	364	8 180	862
Baden-Württemberg	705	108	2 990	418	7 170	928
Bundesgebiet ohne Saarland	3 931	82	19 610	390	47 675	901
einschl. Saarland	48 551	903
einschl. Saarland und Berlin (West)	49 840	891

1) ohne Postscheck- und Postsparkassenämter, aber einschl. Kreditinstitute mit Sonderaufgaben

Zahl der in Schleswig-Holstein geführten Sparbücher, dann dürften etwa 1,5 Mill. Sparbücher vorhanden gewesen sein, was einem durchschnittlichen Guthaben von ungefähr 1 000 DM je Sparbuch entsprechen würde.

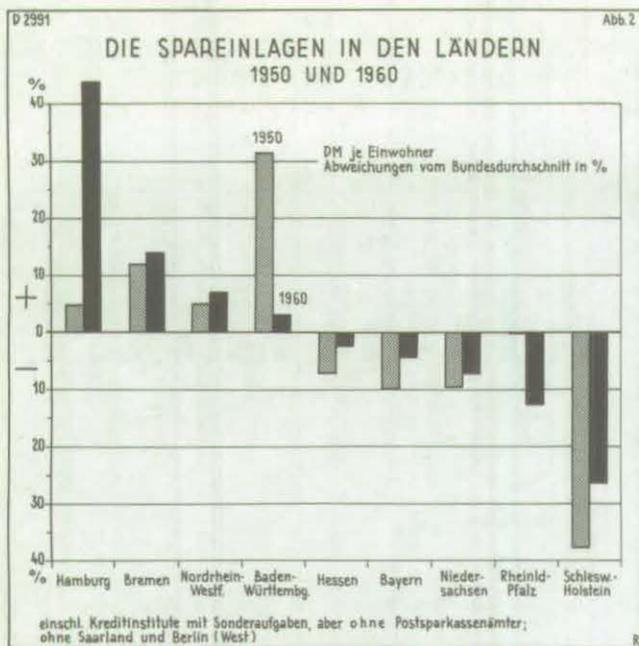
An dieser Stelle ist auch ein Rückblick auf die Entwicklung der Spareinlagen in dem hinter uns liegenden Jahrzehnt angebracht. Am Jahresende 1950 hatten sich die Spareinlagen in Schleswig-Holstein auf 131 Mill. DM, im Bundesgebiet - ohne Saarland und Berlin (West) - auf knapp 4 Mrd. DM belaufen. Sie waren bis Ende 1955 in Schleswig-Holstein auf über 600 Mill. DM, im Bundesgebiet auf beinahe 20 Mrd. DM angestiegen. In den folgenden 5 Jahren nahmen die Spareinlagen auf mehr als das Doppelte zu, so daß sich für Ende 1960 in Schleswig-Holstein ein Bestand von 1,5 Mrd. DM, im Bundesgebiet - einschließlich Saarland - von 48,6 Mrd. DM ergab.

In den letzten Jahren haben die Zinserträge auf Sparkonten in zunehmendem Maße zu den Bestandserhöhungen beigetragen. So überschritten in den Jahren 1958 und 1959 die Zinsgutschriften auf Sparkonten bereits die Milliardengrenze. An der gesamten Zunahme der Spareinlagen des Bundesgebietes im Jahre 1959 von 7,6 Mrd. DM, waren die Zinsgutschriften mit 1,2 Mrd. DM beteiligt. Die echte Neuersparnis reduziert sich damit auf 6,4 Mrd. DM. In Schleswig-Holstein machten die Zinserträge der Spareinlagen 1958 beinahe 36 Mill. DM, 1959 bereits 38 Mill. DM aus und für 1960 dürften 40 Mill. DM nicht zu hoch gegriffen sein (genaue Angaben sind für 1960 nicht vorhanden). Bei dieser Betrachtungsweise ergibt sich auch, daß die eigentliche Sparleistung 1960 etwas niedriger war als 1959. Sie belief sich in Schleswig-Holstein auf knapp 200 Mill. DM 1960, während 1959 nahezu 202 Mill. DM neu gespart wurden. Im Bundesgebiet war das Ergebnis ähnlich; nämlich etwa 6,2 Mrd. DM echte Neuersparnis 1960 gegen 6,4 Mrd. DM 1959.



Bei einem hohen Bestand von Spareinlagen und einem verhältnismäßig hohen Zinssatz (3,5 - 4%) muß sich zwangsläufig der Anteil der Zinsgutschriften an der gesamten Bestandserhöhung vergrößern, da die Zinsen von Sparguthaben überwiegend dem Bestand zugeschrieben und nicht abgehoben und für Konsumzwecke verwendet werden. Es müssen sich demnach auch dann noch Bestandserhöhungen ergeben, wenn keine Einzahlungsüberschüsse mehr bestehen, solange nur die Zinsgutschriften größer als die Auszahlungsüberschüsse sind. Im jahreszeitlichen Verlauf waren in Schleswig-Holstein jeweils im Dezember 1958 und 1959 Einzahlungen und Auszahlungen auf Sparkonten dem Betrage nach nahezu ausgeglichen. Im Dezember 1959 war nur ein geringfügiger Einzahlungsüberschuß von etwa 300 000 DM vorhanden. Die größte absolute monatliche Bruttozunahme innerhalb der Jahre 1958 und 1959 wurde aber im Dezember festgestellt. Sie ist demnach fast ausschließlich auf die Zinsgutschriften zurückzuführen, die Neuersparnis war im Dezember jeweils unbedeutend. Die überdurchschnittlich hohen Umsätze im Dezember sind dadurch zu erklären, daß einerseits Sonderzahlungen (Weihnachtsgratifikationen) nicht unmittelbar zum Konsum verwendet werden, daß aber andererseits in fast ebenso großen Umfange für Weihnachtseinkäufe Abhebungen von Sparkonten vorgenommen werden. Im Januar haben die gut geschriebenen Zinsen auch noch einiges Gewicht, während in den übrigen Monaten des Jahres nur unbedeutende Beträge nachgewiesen werden.

Um die Sparintensität in den einzelnen Ländern zu vergleichen, wird gewöhnlich der Bestand an Spareinlagen je Einwohner als einheitlicher Maßstab zugrunde gelegt. Bei Anwendung dieses Vergleichsmaßstabes hat sich von 1950 bis 1960



die Lage der einzelnen Bundesländer zum Bundesdurchschnitt nicht grundsätzlich verändert. Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bayern und Hessen blieben sowohl 1950 als auch 1960 mehr oder weniger unter dem Bundesdurchschnitt, während Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg diesen überschritten. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz hat sich bei den unterdurchschnittlichen Ländern der Abstand vom

Bundesdurchschnitt seit 1950 verringert, in Schleswig-Holstein besonders stark, und zwar von 38% auf 26%. In Rheinland-Pfalz ist demgegenüber eine Verschlechterung eingetreten. Unter den über dem Durchschnitt liegenden Ländern konnten Nordrhein-Westfalen und Bremen ihre Positionen leicht, Hamburg ganz erheblich verbessern, während Baden-Württemberg dichter an den Bundesdurchschnitt herangekommen ist und seine überragende Position von 1950 eingebüßt hat. Die entgegengesetzte Entwicklung hat Hamburg aufzuweisen, das 1950 nur um etwa 5%, 1960 aber um mehr als 40% über dem Bundesdurchschnitt lag. Obwohl eine allgemeine Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Bundesländern während des vergangenen Jahrzehnts zu erkennen ist, hat Baden-Württemberg nun den ersten Platz Hamburg einräumen müssen; Bayern und Hessen rückten auf; Rheinland-Pfalz verschlechterte in der Reihenfolge der Länder seine Position, während Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Schleswig-Holstein auf demselben Platz verblieben; dabei nimmt Schleswig-Holstein trotz größerer Annäherung an den Bundesdurchschnitt sowohl 1950 als auch 1960 den letzten Platz unter den Ländern ein.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Bund 1948 - 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 183 (Juli)

Die Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit in Schleswig-Holstein

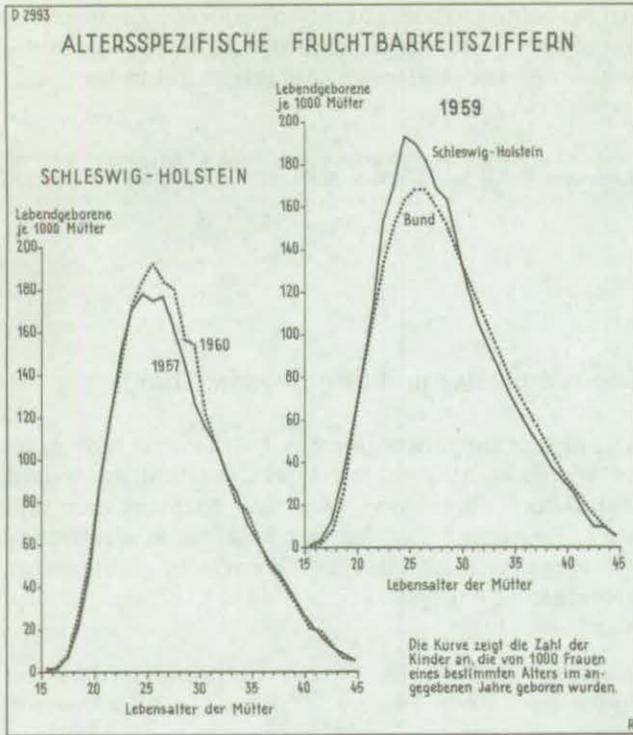
Die Zahl der Lebendgeborenen in Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren zugenommen. Im Jahre 1960 wurden in Schleswig-Holstein fast 37 800 Kinder geboren, 4 000 mehr als 1957. Die Zunahme der Geborenenzahl kann damit zusammenhängen, daß die Einwohnerzahl des Landes angewachsen ist. Sie kann aber auch darauf zurückzuführen sein, daß sich die Gebärleistung des Sozialkörpers¹ verändert hat. Um den Einfluß dieser beiden Faktoren auseinanderzuhalten, bedarf es eines feineren statistischen Maßes.

Eine erste Verfeinerung liegt vor, wenn anstelle der Geborenenzahl die allgemeine Geburtenziffer (Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner) verwendet wird. Die Geburtenziffer für Schleswig-Holstein ist von 15,0 für 1957 bis auf 16,4 für 1960 angestiegen. Sie ist damit niedriger als im Bundesgebiet (1960: 17,4). Ein Vergleich zwischen der Geburtenziffer Schleswig-Holsteins und der des Bundesgebietes hat

jedoch nur einen beschränkten Aussagewert, weil in der Geburtenziffer weder die Alterszusammensetzung noch die Geschlechtergliederung der Bevölkerung berücksichtigt wird. An den Geburten sind aber nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig beteiligt. Es kommen dafür nur die Frauen im gebärfähigen Alter, etwa zwischen 15 und 45 Jahren, in Frage. Als Maß der Gebärleistung wird daher die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren) gebraucht. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer für Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren gestiegen, und zwar von 71,8 für 1957 bis auf 81,7 für 1960. Sie erreicht aber damit nicht die Höhe der Ziffer für das Bundesgebiet.

Nun ist jedoch auch die Gruppe der Frauen im gebärfähigen Alter nicht gleichartig. Die Fruchtbarkeit der Frauen ist altersspezifisch differenziert. Es können somit Trugschlüsse dadurch entstehen, daß zwei Bevölkerungen zwar gleichviel Frauen im gebärfähigen Alter haben, daß aber in der einen Bevölkerung der

1) Vergleiche: Gerhard Mackenroth, Bevölkerungslehre, Berlin 1953, S. 55 ff.



Anteil der jungen Mütter (z. B. der 20- bis 24-jährigen) mit vielen Geburten besonders hoch ist und daß in der anderen Bevölkerung der Anteil der älteren Frauen (z. B. der 35- bis 39-jährigen), von denen nur noch wenige Geburten zu erwarten sind, überdurchschnittlich hoch ist. Es ist daher zweckmäßig, die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer in altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern (Lebendgeborene auf 1 000 gleichaltrige Frauen) aufzulösen.

Tab. 1
Die Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) 1957 bis 1960

Jahr	Lebendgeborene in 1 000		Allgemeine Geburtenziffer 1		Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer 2	
	Schl.-H.	Bund	Schl.-H.	Bund	Schl.-H.	Bund 3
1957	33,8	892	15,0	16,6	71,8	76,2
1958	34,4	904	15,2	16,6	73,5	77,3
1959	36,7	952	16,1	17,3	79,0	81,5
1960	37,8	968 ^a	16,4	17,4 ^a	81,7	.

1) Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner 2) Lebendgeborene auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren 3) ohne Berlin
a) vorläufiges Ergebnis

In Schleswig-Holstein haben sich die Fruchtbarkeitsziffern für die einzelnen Altersjahre der Frauen in den letzten Jahren unterschiedlich verändert. Ein Vergleich der Ziffern für 1957

mit denen für 1960 zeigt, daß in den Altersjahren mit hoher Geburtenhäufigkeit die Fruchtbarkeitsziffern größer geworden sind. Die Altersgruppe der 23- bis 30-jährigen Frauen hatte 1957 eine durchschnittliche Fruchtbarkeitsziffer von 155 und 1960 eine von 170 aufzuweisen. Das bedeutet, daß 1960 von 1 000 Frauen dieses Alters 15 Kinder mehr geboren wurden als 1957. Ein Beobachtungszeitraum von vier Jahren ist zwar recht kurz, um entscheidende Aussagen darüber zu machen, doch scheint es hier nicht unreal zu sein zu vermuten, daß sich durch die besseren Heiratsmöglichkeiten der Frauen in diesen Altersjahren die Zahl der Eheschließungen und damit die Zahl der Geburten erhöht haben. Das hängt damit zusammen, daß bei den Männern Geburtsjahrgänge ins heiratsfähige Alter nachgerückt sind, die keine Einbußen durch Kriegsverluste mehr erlitten haben. Die Fruchtbarkeitsziffern für die Frauen im Alter von 35 bis 38 Jahren zeigen eine leicht sinkende Tendenz. Nach Meinung von Theda Bolle, die die Geburtenhäufigkeit für das Bundesgebiet untersucht hat und dort eine ähnliche Entwicklung feststellte, ist das darauf zurückzuführen, "daß die Welle der durch den Krieg aufgeschobenen und später nachgeholt Eheschließungen und Geburten nunmehr abgeklungen ist" 2).

Tab. 2
Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern in Schleswig-Holstein 1957 bis 1960

Alter der Mütter	1957	1958	1959	1960
15 - 19	16,2	17,8	19,6	20,7
20 - 24	137,6	136,7	138,4	138,3
25 - 29	156,1	158,8	169,9	174,7
30 - 34	93,1	91,9	94,5	94,8
35 - 39	47,4	44,2	45,4	44,3
40 - 44	11,4	10,4	13,6	14,4

Ein Blick auf die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für das Bundesgebiet zeigt, daß diese erheblich von denen für Schleswig-Holstein abweichen. Im Vergleichsjahr 1959 wurden von den 21- bis 29-jährigen Frauen in Schleswig-Holstein relativ mehr Kinder geboren als im Bundesdurchschnitt. Für jüngere Frauen sowie für ältere Frauen wies jedoch Schleswig-Holstein niedrigere Ziffern auf.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

2) Siehe: Theda Bolle, die Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik von 1960 bis 1975 auf Grund einer neuen Vorausberechnung. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1961, H. 2, S. 182

Kurzberichte

Die versorgungsberechtigten Kriegsoffer in Schleswig-Holstein

Ende 1960 gab es in Schleswig-Holstein 147 000 nach dem Bundesversorgungsgesetz anerkannte

Kriegsoffer. Ein Drittel davon waren Kriegsschädigte und zwei Drittel Kriegshinterbliebene. Knapp die Hälfte der 49 000 versorgungsberechtigten Beschädigten war schwerbeschädigt. Die ihnen zuerkannte Minderung der Er-

Die Versorgungsfälle nach dem Bundesversorgungsgesetz
in Schleswig-Holstein

	31.12. 1958	31.12. 1960	Veränderung	
			absolut	in %
Kriegsbeschädigte	51 054	49 426	- 1 628	- 3,2
davon mit einer MdE von				
30 %	18 712	18 093	- 619	- 3,3
40 %	7 694	7 418	- 276	- 3,6
50 %	10 163	9 828	- 335	- 3,3
60 %	2 728	2 681	- 47	- 1,7
70 %	6 390	6 107	- 283	- 4,4
80 %	2 431	2 507	+ 76	+ 3,1
90 %	348	379	+ 31	+ 8,9
100 %	2 588	2 413	- 175	- 6,8
Kriegshinterbliebene	115 130	97 736	- 17 394	- 15,1
davon Witwen	61 597	59 969	- 1 628	- 2,6
Halbwaisen	38 436	24 256	- 14 180	- 36,9
Vollwaisen	2 185	1 505	- 680	- 31,1
Elternteile	9 373	9 009	- 364	- 3,9
Elternpaare	3 539	2 997	- 542	- 15,3
Versorgungsfälle insgesamt	166 184	147 162	- 19 022	- 11,4

werbsfähigkeit (MdE) liegt zwischen 50% und 100%. Die andere Hälfte war minderbeschädigt (MdE von 30 oder 40%). Kriegsbeschädigte mit einer geringeren MdE als 30% haben keinen Versorgungsanspruch nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Von den 98 000 Kriegshinterbliebenen waren 62% Witwen und Witwer, 26% Waisen und 12% Elternteile und -paare.

In den zwei Jahren von Ende 1958 bis Ende 1960 verminderte sich die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsoffer in Schleswig-Holstein um 19 000 oder 11%. Der Bestand der Beschädigten verringerte sich allerdings nur um 3%, während die Zahl der Hinterbliebenen um 15% abnahm. Bei weitem am stärksten ging die Zahl der versorgungsberechtigten Waisen zurück. Sie verkleinerte sich in den zwei Jahren um mehr als ein Drittel. Die Verminderung der Waisenrenten machte reichlich drei Viertel des gesamten Rentenwegfalls aus. Die Kriegerwaisen erhalten im Normalfall bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, im Falle einer längeren Schul- und Berufsausbildung höchstens bis zum 25. Lebensjahr eine Rente nach dem Bundesversorgungsgesetz. Nach und nach wachsen sie aus den für die Rente maßgeblichen Altersstufen heraus. Mitte 1952 waren noch vier Zehntel aller Versorgungsfälle in Schleswig-Holstein Waisenrenten, Ende 1960 dagegen nur noch knapp zwei Zehntel.

Auffallend ist, daß die Renten der Schwerbeschädigten mit einer MdE von 80 und 90% entgegen der allgemeinen Tendenz zugenommen haben. Diese Zunahme erklärt sich dadurch, daß Minderungen der Erwerbsfähigkeit unter 80% später höher bewertet wurden. Solche Höherbewertungen werden vorgenommen, wenn der Beschädigte in seinem vor der Beschädigung ausgeübten Beruf nicht mehr arbeiten kann oder wenn er dort in höherem Grade als im

allgemeinen Erwerbsleben erwerbsgemindert ist oder wenn er infolge der Schädigung nachweisbar am weiteren Aufstieg gehindert ist.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die versorgungsberechtigten Kriegsoffer in den Bundesländern" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 167 (Juli)

Die Filmtheater und ihre Besucher 1960

Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. in Wiesbaden-Biebrich veröffentlicht in jedem Jahr eine Übersicht über die Filmtheater und ihre Besucher für 52 Großstädte des Bundesgebietes und für Berlin (West). In Schleswig-Holstein werden dabei die Städte Kiel und Lübeck berücksichtigt.

Nach dem Bericht dieser Spitzenorganisation hatte Kiel Ende Dezember 1960 26 Filmtheater mit insgesamt 13 208 Sitzplätzen, in Lübeck gab es zu diesem Zeitpunkt 23 Filmtheater mit 11 365 Sitzplätzen. Damit kamen in beiden Städten 49 Sitzplätze auf 1 000 Einwohner. Werden alle Großstädte mit 200 000 bis 500 000 Einwohnern - zu dieser Gruppe gehören neben Kiel und Lübeck noch 12 weitere Städte in der Bundesrepublik - berücksichtigt, so ergibt sich eine Sitzplatzdichte von durchschnittlich 51 Plätzen je 1 000 Einwohner.

Im Laufe des Jahres 1960 hatten die Filmtheater in Kiel 3,1 Mill. Besucher, das entsprach einer Besucherhäufigkeit von durchschnittlich 12 Besuchen je Einwohner im Jahr. Die Lübecker Filmtheater hatten 2,6 Mill. Besucher, dort gingen die Einwohner im Durchschnitt elfmal im Jahr ins Kino. Die Besucherzahl der Filmtheater ist seit einigen Jahren rückläufig. In Kiel war die Besucherzahl 1960 um 36% niedriger als 1957. Im gleichen Zeitraum nahm die Besucherzahl in Lübeck um 28% ab.

Die Filmtheater in Kiel und Lübeck 1957 bis 1960

Jahr	Kiel			Lübeck		
	Filmtheater 31.12.	Sitzplätze 31.12.	Besucher	Filmtheater 31.12.	Sitzplätze 31.12.	Besucher
		in 1 000			in 1 000	
1957	27	14,7	4 919	23	11,2	3 648
1958	27	14,4	4 440	23	11,2	3 478
1959	27	13,8	3 659	22	10,8	2 886
1960	26	13,2	3 132	23	11,4	2 617

Quelle: Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V. Wiesbaden-Biebrich

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Die Filmtheater im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 47 (Februar)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt			Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 299	2 299	2 302	2 304	2 322 ^a
darunter										
Vertriebene 1)										
*Anzahl	1000	856 ^b	643	643	643	644
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 ^b	153	153	153	154
in % der Wohnbevölkerung		5	7	7	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen 3)										
*Anzahl		2 078	1 812 ^c	1 987	2 263	3 106	2 272	2 093	2 224	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,5 ^c	10,5	11,6	15,9	11,5	11,0
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	3 140 ^c	3 115	3 302	3 077	3 446	3 339	3 311	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,4 ^c	16,5	16,9	15,7	17,5	17,5
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 299 ^c	1 950	1 912	2 052	2 313	2 349	2 062	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	12,0 ^c	10,3	9,8	10,5	11,7	12,3
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	96	104	88	86	98	92	101	...
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,1	3,3	2,7	2,8	2,8	2,8	3,1	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+1 389	+ 841 ^c	+1 165	+1 390	+1 025	+1 133	+ 990	+1 249	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,4 ^c	+ 6,2	+ 7,1	+ 5,2	+ 5,8	+ 5,2
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 784 ^c	6 121	7 449	6 125	8 128
darunter										
Vertriebene		2 173	1 519 ^c	1 448	1 707	1 271
Zugewanderte		.	1 079 ^c	1 136	1 231	953
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 004 ^c	5 049	5 874	5 481	6 272
darunter										
Vertriebene		9 662	1 543 ^c	1 337	1 542	1 447
Zugewanderte		.	729 ^c	619	747	633
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 780 ^c	+1 072	+1 575	+ 644	+1 856
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 24 ^c	+ 111	+ 165	- 176
Zugewanderte		.	+ 350 ^c	+ 517	+ 484	+ 320
*Umzüge innerhalb des Landes 6)		11 614	9 713 ^c	7 869	9 090	7 623	11 582	11 109
Wanderungsfälle 6)										
Anzahl		31 221	22 501 ^c	19 039	22 413	19 229	25 982
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr 7)		198	168 ^c	143	161	137	191
Umsiedler		6 329 ^d	329	324	196	348	254	409	136	261
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	156	179	87	184	174	127	52	128
Baden-Württemberg		2 602	24	24	10	29	37	25	16	17
Rheinland-Pfalz		2 928	6	9	7	14	-	10	-	-
Hessen		238	9	5	4	11	5	-	-	-
Hamburg		41	134	107	88	110	38	247	68	116
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer 8)	1000	624 ⁺	774 ⁺	782	.	.	.	807	.	.
darunter *Männer	1000	429 ⁺	520 ⁺	525	.	.	.	537	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	21	14	12	11	9	8	7	7
je 100 Arbeitnehmer		25,2	2,6	1,7	1,5	1,3	1,2	1,0	0,9	0,8
und zwar										
*Männer	1000	146	13	7	6	6	5	4	4	4
Vertriebene	1000	119 ^e

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte
 a) Auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Nur als vorläufige Angabe zu verwenden, nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 überholt b) am 13. 9. 1950 c) auf Normaljahr (365 Tage) umgerechnet d) ohne Anrechnungsfälle e) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^f	1 219 ^f	1 319	.	.	.	1 336	.	.
darunter *Milchkühe	1000	458 ^f	460 ^f	451	.	.	.	458	.	.
*Schweine	1000	1 031 ^f	1 414 ^f	1 252	.	.	.	1 473	.	.
darunter *Zuchtsauen	1000	107 ^f	154 ^f	147	.	.	.	173	.	.
darunter *trächtig	1000	68 ^f	97 ^f	96	.	.	.	113	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	18	13	15	19	15	11	17	21
*Kälber	1000 St	14	6	4	3	3	5	3	3	2
*Schweine	1000 St	45	90	73	74	86	106	87	98	97
darunter *Hausschlachtungen	1000 St	18 ^g	13 ^h	1	1	1	3	1	2	1
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	11,0	9,4	9,7	11,7	12,5	9,9	12,2	13,1
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,8	2,7	3,1	4,0	3,2	2,3	3,7	4,5
*Schweine	1000 t	2,6	6,8	6,2	6,3	7,3	8,9	7,3	8,2	8,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	217	208	207	207	220	215	213	216
*Kälber	kg	26	52	63	62	62	57	57	55	57
*Schweine	kg	98	87	87	86	86	86	85	85	86
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	146	183	161	136	216	193	173	147
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	13,8	11,7	10,1	15,2	14,0	12,1	10,3
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	89	92	92	91	92	92	92	91
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	168	169	169	171	174	174	174	176
darunter *Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	138	139	139	140	142	142	143	144
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 539	24 285	22 824	25 091	24 908	24 982	22 330	25 557
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	62,3	63,6	63,2	66,1	68,9	70,3	70,1	74,2
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	19,8	19,4	19,2	19,4	22,1	22,6	22,7	22,9
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	66	64	63	64	61	56	58	71
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 507	12 386	11 832	12 293	11 459	11 843	11 022	11 204
Heizölverbrauch	1000 t	.	46	41	42	44	48	47	46	48
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	83	78	80	85	86	86	84	89
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	22	18	20	21	18	20	21	21
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	534	500	523	582	604	548	567	624
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	10	82	59	90	118	95	73	68	111
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ⁱ	255	258	233	253	292	281	262	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	633	616	613	622	655	662	653	663
Industrie der Steine und Erden		111	236	283	284	267	291	298	288	291
Hochofen- und Stahlwerke		106	147	168	147	158	151	147	153	171
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	139	172	77	124	141	186	86	147
Mineralölverarbeitung		117	1 030	1 125	1 094	1 119	1 148	1 308	1 228	1 210
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	994	1 046	967	921	1 219	1 161	121	1 157
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	104	110	102	110	128	130	115	110
papiererzeugenden Industrie		102	292	284	308	301	316	327	321	304
Schiffbaues		126	314	304	255	r 282	335	299	244	301
Maschinenbaues		134	259	276	207	r 255	406	291	483	294
elektrotechnischen Industrie		144	589	473	516	563	708	704	558	672
feinmechanischen und optischen Industrie		159	698	709	742	671	787	750	744	749
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	214	236	194	221	227	227	182	205
ledererzeugenden Industrie		97	91	68	73	76	97	93	72	94
Schuhindustrie		102	228	200	100	226	262	134	168	266
Textilindustrie		118	193	177	145	205	200	196	146	188
Bekleidungsindustrie		115	128	102	107	120	159	120	117	144
Fleischwarenindustrie		137	178	179	176	184	198	183	192	201
fischverarbeitenden Industrie		143	227	126	166	r 241	136	142	152	218
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	124	170	127	106	199	169	139	114
tabakverarbeitenden Industrie		114	243	267	239	243	255	260	234	254
Bauproduktion		92	212	260	237	r 231	265	262	245	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

f) Dezember g) Winterhalbjahr 1950/51 = 35 h) Winterhalbjahr 1960/61 = 22 i) hier und bei allen folgenden Industriegruppen; 1951

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt			Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	131	106	121	137	106	88	85	112
* Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	175	148	157	172	178	169	175	192
* Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	18	15	15	16	17	16	17	16
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
* Beschäftigte		39 835	60 895	63 719	63 935	63 165	p62 671	p62 456	p62 819	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 296	10 810	10 621	10 638	p10 702	p10 915	p10 533	...
darunter * für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 170	4 909	4 619	4 710	p 4 630	p 4 649	p 4 413	...
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	27,5	32,0	31,7	32,0	p 33,9	p 36,3	p 36,4	...
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,8	1,8	1,8	1,8	p 2,0	p 2,4	p 2,2	...
* Umsatz	Mill. DM	24,3	87,9	95,4	102,2	104,9	p 97,2	p 110,8	p 118,5	...
Baugenehmigungen 18)										
* Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	1 056	1 309	1 217	1 416	1 237	1 064	1 460	1 164
* Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	311	315	343	368	344	389	285	353
Veranschlagte reine Baukosten 19)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	82,4	104,2	97,8	102,5	106,4	93,6	102,6	114,8
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	58,2	76,8	71,8	77,7	78,2	70,4	83,6	79,1
* Umbauter Raum in allen Gebäuden 19)										
(ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 254	1 501	1 611	1 577	1 600	1 396	1 465	1 574
darunter * in Wohngebäuden	1000 cbm	536	818	1 068	989	1 117	1 061	932	1 064	1 031
* Wohnungen 20)		2 306	2 467	3 226	3 074	3 386	2 986	2 748	3 022	3 043
darunter * in ganzen Wohngebäuden		2 061	2 213	2 953	2 758	3 099	2 719	2 439	2 789	2 829
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	2 155	1 765	1 642	2 299	1 271	1 710	1 365	2 462
Wohnräume 22)		4 926	8 628	6 767	6 626	9 104	5 089	6 853	5 793	10 284
HANDEL										
* Index der Einzelhandelsumsätze	1960=100	.	.	99	103	101	107	107	111	113
davon										
* Nahrungs- und Genussmittel				102	106	104	105	109	110	113
* Bekleidung, Wäsche, Schuhe				98	98	81	114	104	105	107
* Hausrat und Wohnbedarf				89	95	100	100	98	103	111
* Sonstige Waren				98	95	101	111	109	108	113
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
* Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	561	657	589	459	384	355	634	422
* Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 214	1 813	2 404	485	1 744	1 883	810	625
Handel mit Berlin [West]										
* Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	13 865	12 735	14 516	16 069	13 565	15 060	14 939	...
* Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	31 799	28 831	25 557	29 577	32 700	31 236	28 249	...
* Ausfuhr nach Warengruppen 23)		7,2	99,3	109,8	83,2	148,8	75,0	91,0	89,2	...
davon Güter der										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	7,8	6,2	7,2	7,5	4,8	4,8	4,8	...
* Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	91,5	103,6	75,9	141,2	70,2	86,3	84,4	...
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,8	2,8	3,2	2,5	2,8	3,1	3,3	...
* Halbwaren	Mill. DM	2,3	7,8	7,5	6,9	4,3	5,6	8,0	6,7	...
* Fertigwaren	Mill. DM	4,0	81,0	93,3	65,8	134,4	61,8	75,1	74,5	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	3,1	2,4	2,9	3,0	3,0	3,1	2,5	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	77,9	90,9	62,8	131,4	58,8	72,0	72,0	...
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
EWG-Länder	Mill. DM	1,5	16,4	24,1	12,4	26,2	14,1	14,8	15,7	...
darunter Italien	Mill. DM	0,2	3,8	3,6	3,1	5,0	4,4	5,0	4,5	...
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,9	16,2	4,3	17,8	4,9	4,9	6,4	...
EFTA-Länder	Mill. DM	2,2	45,9	28,2	30,0	107,8	32,2	54,8	51,8	...
darunter Dänemark	Mill. DM	0,8	9,8	6,3	16,8	10,7	6,0	7,6	5,3	...
Großbritannien	Mill. DM	0,1	10,8	10,1	4,5	61,8	7,9	3,9	3,7	...
Norwegen	Mill. DM	0,3	14,4	2,2	1,0	28,3	1,6	33,3	32,6	...
Schweden	Mill. DM	0,6	5,8	4,5	3,1	2,6	3,2	3,9	3,4	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	485	472	492	573	500	574	594	...
Güterversand	1000 t	86	144	125	114	163	135	147	143	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	.	137	131	158	154	155	168	163	181
* Güterversand	1000 t	.	238	251	263	275	292	311	297	339

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1960/61 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1960/61 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	6 477	6 831	7 784	7 817	6 223	7 273	7 351	7 629
darunter deutsche	%	64,0	64,9	63,0	63,3	67,4	63,9	64,7	63,1	66,6
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 461	3 561	3 929	3 688	3 333	3 514	3 722	3 662
darunter deutscher Anteil	%	23,3	28,4	28,8	31,3	30,7	28,9	31,2	31,4	29,9
Güterverkehr	1000 t	2 492	4 804	4 924	5 474	5 221	4 581	5 010	5 177	5 165
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	31,2	31,7	34,1	33,2	30,9	33,7	33,6	31,2
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 436	2 354	2 447	2 331	2 284	2 395	2 232	2 327
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 369	2 570	3 027	2 890	2 297	2 615	2 945	2 838
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	3 807	4 312	3 424	3 490	4 926	4 731	3 588	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	159	277	210	163	233	219	151	...
*Personenkraftwagen		398	2 751	3 071	2 946	2 404	3 573	3 339	2 405	...
*Kombinationskraftwagen		.	177	194	162	134	278	272	255	...
*Lastkraftwagen		247	323	335	295	364	419	430	355	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		826	3 238	3 503	3 998	4 150	3 400	3 584	4 431	p4 429
davon										
*mit Personenschaden		417	1 099	1 308	1 439	1 438	1 135	1 234	1 335	p1 362
*nur mit Sachschaden		409	2 139	2 195	2 559	2 712	2 265	2 350	3 096	p3 067
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	47	31	46	64	53	63	67	p 52
*Verletzte Personen		493	1 391	1 705	1 910	1 825	1 442	1 557	1 742	p1 759
Fremdenverkehr ²⁷⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^j	129 ^j	215	341	288	136	222	366	...
darunter *Auslandsgäste	1000	2 ^j	17 ^j	26	56	39	16	25	53	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^j	815 ^j	1 367	2 920	2 772	524	1 489	3 230	...
darunter *Auslandsgäste	1000	5 ^j	34 ^j	49	121	89	26	50	118	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁸⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ^k	4 212 ^k	3 949	3 987	4 016	4 552	4 655	4 711	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ^k	1 265 ^k	1 198	1 198	1 187	1 399	1 458	1 439	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ^k	1 259 ^k	1 195	1 195	1 181	1 396	1 454	1 434	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ^k	2 947 ^k	2 751	2 789	2 829	3 153	3 197	3 272	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ^k	2 542 ^k	2 362	2 395	2 433	2 728	2 766	2 839	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	408 ^k	2 773 ^k	2 603	2 591	2 670	2 949	2 921
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ^k	1 239 ^k	1 206	1 178	1 238	1 337	1 295
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ^k	981 ^k	959	946	978	1 040	1 024	1 037	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ^k	1 534 ^k	1 397	1 413	1 432	1 612	1 626
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	94 ^k	1 025 ^k	936	946	958	1 078	1 087	1 093	1 099
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	.	62	74	68	67	74
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	.	50	59	49	56	60
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	7	6	7	5	7	6	5	10
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	1	-	-	2	2	2	3	-
Wechselproteste	Anzahl	682	746	874	797	798	758	725
	Wert	1000 DM 517	500	462	495	501	459	573
STEUERN ²⁹⁾										
*Landessteuern	1000 DM	14 273	45 229	65 535	33 581	33 803	36 282	80 578	43 385	42 025
darunter										
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 782	566	235	3 818	4 691	469	561	4 002
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 717	4 701	4 771	4 472	5 787	5 237	5 291	5 140
*Biersteuer	1000 DM	248	506	493	567	663	532	551	610	703
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	111 073	120 728	108 866	105 820	103 469	135 072	118 186	114 208
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	35 573	34 731	37 476	36 047	35 047	39 192	41 106	40 401
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 204	1 168	1 359	1 304	1 157	1 205	1 471	1 368
*Zölle	1000 DM	1 381	8 380	7 196	8 426	9 799	8 226	7 953	8 346	9 585
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	46 722	46 731	47 814	46 798	47 240	48 236	48 889	47 498
darunter *Tabaksteuer	1000 DM	22 295	34 316	30 763	35 923	36 581	34 061	33 219	35 788	34 246
*Notopfer Berlin ³⁰⁾	1000 DM	951	73	36	50	95	47	67	28	13
außerdem *Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾	1000 DM	5 569	6 396	2 371	3 193	8 593	10 690	2 614	2 176	8 816

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab Mai 1961 = vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben j) 1950; Angaben aus 110 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1950 Monats- ϕ 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen (April bis September); ab 1955 Angaben aus 165 Berichtsgemeinden. Für das Sommerhalbjahr 1960 Monats- ϕ 196 000 Fremdenmeldungen mit 1 430 000 Übernachtungen k) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1950	1960	1960			1961			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ³²⁾	1000 DM	11 560	54 633	88 186	39 262	33 649	33 580	109769	52 417	43 836
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	19 241	16 300	23 480	22 237	19 442	22 365	31 818	30 871
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	25 473	50 786	13 864	8 686	11 822	62 667	16 890	9 733
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	541	887	577	1 027	192	1 344	1 173	1 717
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	9 377	20 214	1 342	1 700	2 123	23 393	2 535	1 515
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	73 945 ⁺	72 686 ^m	.	.	.	78 280 ^m	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 829 ⁺	6 407 ^m	.	.	.	7 178 ^m	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 837 ⁺	12 024 ^m	.	.	.	12 184 ^m	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	50 517 ⁺	49 707 ^m	.	.	.	54 009 ^m	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 762 ⁺	4 548 ^m	.	.	.	4 909 ^m	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	6 407 ⁺	6 143 ^m	.	.	.	6 440 ^m	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	98	98	98	97	94	93	p 93	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	132	130	130	130	p 131	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	126	125	126	126	128	128	128	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ⁿ	137 ^q	134	135	127	132	p 133	p 137	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	.	113	.	.	114	119	.	.	p 125
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ⁿ	131 ^q	132	132	133	135	135	133	...
Einzelhandelspreise ³³⁾	1950=100	100	113	113	114	112	114	115	116	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1958=100	.	102,4	102,6	102,8	102,3	104,8	105,6	105,8	105,5
darunter										
Ernährung	.	102,4	104,5	104,4	100,9	103,6	105,5	105,6	104,6	
Wohnung	.	108,7	104,4	105,2	113,4	117,6	117,6	118,4	118,5	
Heizung und Beleuchtung	.	102,0	101,0	101,5	101,7	102,4	102,6	102,8	103,2	
Bekleidung	.	101,5	101,4	101,4	101,5	103,9	103,9	104,0	103,9	
Hausrat	.	98,6	97,8	98,0	98,2	100,5	100,6	100,8	101,0	
LOHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	133,62	.	.	136,93	140,55
darunter Facharbeiter	DM	68,90	141,99	.	.	145,80	149,67
*weiblich	DM	37,09	79,60	.	.	79,93	86,83
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	280,7	.	.	287,5	296,6
darunter Facharbeiter	Pf	139,8	297,6	.	.	305,0	313,6
*weiblich	Pf	80,8	181,7	.	.	182,9	200,5
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,6	.	.	47,6	47,4
*weiblich	Std.	45,9	43,8	.	.	43,7	43,3
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	45,0	.	.	43,9	41,0
*weiblich	Std.	.	41,7	.	.	40,5	37,0
Angestelltenverdienste ³⁵⁾										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	675	.	.	673	712
*weiblich	DM	.	428	.	.	430	458
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	776	.	.	769	830
*weiblich	DM	.	453	.	.	451	480
im Handel ³⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	616	.	.	621	657
*weiblich	DM	.	369	.	.	372	399
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	642	.	.	676	680
*weiblich	DM	288	283
in Industrie ³⁵⁾ und Handel ³⁶⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	633	.	.	636	675
*weiblich	DM	.	387	.	.	389	416
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	768	.	.	763	821
*weiblich	DM	.	447	.	.	444	473

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 32) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 33) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM und einem Haushalts-Nettoeinkommen von rund 600 DM monatlich nach den Verbrauchs- und Preisverhältnissen des Jahres 1958 34) Effektivverdienste: Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1960 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen m) 1.4. - 30.6. n) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juni - Juli) q) Wirtschaftsjahr 1959/60 (Juni - Juli)

Jahreszahlen B*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
HANDEL													
Index der Einzelhandelsumsätze		1959=100	100	107
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	812,0	915,5	1191,7
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	37,7	31,2	32,4	34,2	47,1	67,1	52,3	60,9	80,6	93,1
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	194,9	283,0	342,2	475,3	533,8	652,2	723,2	751,0	834,8	1098,6
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,5
VERKEHR													
Seeschifffahrt													
Güterempfang	JS	1000 t	1 689	2 290	2 559	2 714	2 915	4 019	3 829	4 253	4 525	4 697	5 822
Güterversand	JS	1000 t	1 033	1 022	1 040	1 058	1 460	1 324	1 384	1 218	1 228	1 305	1 726
Binnenschifffahrt													
Güterempfang	JS	1000 t	.	.	.	719	1 016	1 169	1 305	1 411	1 507	1 412	1 649
Güterversand	JS	1000 t	.	.	.	1 593	1 767	2 002	1 865	1 781	2 342	2 599	2 852
Nord-Ostsee-Kanal													
Schiffsverkehr													
Schiffe	JS		47 271	52 612	56 267	54 993	56 687	62 911	62 402 ^a	66 588	67 738	73 443	77 729
Raumgehalt	JS	1000 NRT	17 771	20 886	22 708	22 498	25 745	31 279	31 601	33 169	33 542	36 137	41 527
Güterverkehr	JS	1000 t	29 907	32 429	32 948	32 897	39 412	46 595	47 069	47 348	46 083	49 974	57 653
und zwar													
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	25,7	31,7	31,8	29,6	30,4	31,8	32,5	32,6	32,6	31,2
Richtung West-Ost	JS	1000 t	13 461	15 313	16 722	15 871	19 922	23 533	23 982	24 346	22 868	24 880	29 228
Richtung Ost-West	JS	1000 t	16 446	17 116	16 225	17 026	19 491	23 062	23 087	23 003	23 216	25 095	28 426
Zulassungen von fabrikkneuen Kraftfahrzeugen 2)													
darunter Pkw	JS		14 922	17 923	21 942	26 484	28 887	29 456	29 793	33 040	39 140	42 967	45 683
darunter Pkw	JS		4 780	5 730	6 965	8 583	11 268	13 727	15 802	19 780	25 280	29 485	33 012
Kraftfahrzeugbestand													
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1000	66 ^b	88 ^b	112	139	167	188	204	246	246	273	307
darunter													
Krafträder	1. 7.	1000	22 ^b	31 ^b	41	52	63	70	72	73	69	64	60
Pkw	1. 7.	1000	20 ^b	27 ^b	34	42	54	65	75	92	113	140	172
Lkw	1. 7.	1000	16 ^b	19 ^b	23	26	28	28	27	28	28	28	29
Straßenverkehrsunfälle													
Unfälle	JS		9 912	11 648	13 481	16 902	17 930	20 687	22 798	26 270	30 155	32 994	38 856
Getötete Personen 3)	JS		208	220	230	333	358	400	428	416	477	504	564
Verletzte Personen	JS		5 910	7 141	7 918	10 270	10 759	12 028	12 627	12 948	13 562	15 326	16 687
Fremdenverkehr 4)													
Fremdenmeldungen	JS	1000	367	605	717	789	833	988	1 184	1 265	1 329	1 473	1 544
darunter Auslandsgäste	JS	1000	20	43	69	93	119	156	182	183	181	187	206
Fremdenübernachtungen	JS	1000	2 239	3 235	3 924	4 404	4 723	5 539	6 803	7 463	8 127	9 358	9 779
darunter Auslandsgäste	JS	1000	48	98	150	207	275	329	384	392	402	411	409
GELD UND KREDIT													
Spareinlagen	31. 12.	Mill. DM	131	154	223	337	507	606	704	871	1 054	1 294	1 534
je Einwohner	31. 12.	DM	51	62	92	144	220	266	310	385	463	565	664
ÖFFENTLICHE FORSORGE 5)													
Laufend unterstützte Personen	31. 3.	1000	114,6	85,1	69,0	72,7	73,3	70,5	61,2	72,5	64,9	60,0	55,4
je 1 000 Einwohner	31. 3.		43,4	33,5	27,9	30,2	31,4	30,7	27,1	32,2	28,7	26,3	24,2
Gesamtaufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	64,4	66,0	73,5	77,1	73,4	83,1	85,6	90,7	90,7	67,4
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	24	26	27	31	33	32	37	38	40	40	29
ÖFFENTLICHE FINANZEN													
Landesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	182	180	221	234	243	252	289	330	375	435	543
darunter Kraftfahrzeugsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	15	16	18	20	22	27	31	37	42	47	57
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	71	72	90	98	104	110	127	146	165	190	236
Bundesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	462	668	749	775	758	838	964	1 027	1 098	1 245	1 333
darunter Umsatzsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	166	219	259	270	280	311	326	340	353	381	427
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	181	269	305	325	326	366	424	455	484	545	580
Steuern vom Einkommen 6)	Kj. (JS)	Mill. DM	150	188	272	306	307	294	324	374	437	511	556
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	59	76	111	128	132	128	142	166	193	224	285
Gemeindesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	117	130	149	167	176	187	199	219	236	288	321
darunter													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	Kj. (JS)	Mill. DM	43	55	71	84	90	99	110	126	140	189	221
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	46	52	61	70	76	82	88	97	104	126	140
Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes	31. 3.	Mill. DM	.	780	838	1 069	1 232	1 343	1 454	1 518	1 482	1 631	1 763
Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände	31. 3.	Mill. DM	37	75	104	142	189	251	298	355	430	497	562
darunter Kreditmarktmittel	31. 3.	Mill. DM	.	23	31	46	70	86	119	160	215	264	325

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit A 1) JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr, Kj. = Kalenderjahr 2) ohne Kombinations- und Krankenkraftwagen 3) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 4) Fremdenverkehrsjahre (Oktober - September); Angaben bis 1954 aus 110, ab 1955 aus 165 Berichtsgemeinden. Für 1950 nur Sommerhalbjahr 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in den Zeilen Bundes- und Landessteuern enthalten a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung 1) am 30. 4. 1961	Arbeitslose am 30. 9. 1960	Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. 1. 1961 bis 30. 6. 1961 in 1000 DM	Industrie 2)	
				Beschäftigte am 31. 8. 1961	Umsatz 3) in Mill. DM im August 1961
Flensburg	98 304	788	7 952	7 432	40,5
Kiel	271 422	2 030	26 917	35 206	95,0
Lübeck	233 222	1 598	24 323	34 419	86,3
Neumünster	73 419	374	6 937	13 395	33,8
Eckernförde	65 241	307	2 995	1 815	4,4
Eiderstedt	18 890	52	1 321	349	1,8
Eutin	89 484	569	5 430	4 239	14,9
Flensburg-Land	64 894	342	2 301	799	2,0
Hzgt. Lauenburg	130 177	355	7 526	9 455	19,8
Husum	62 677	284	3 646	949	2,9
Norderdithmarschen	57 254	285	3 360	818	2,0
Oldenburg (Holstein)	79 347	687	4 427	1 336	4,4
Pinneberg	216 943	481	17 063	19 386	77,1
Plön	109 577	570	4 607	1 874	8,9
Rendsburg	156 971	875	9 201	10 095	24,8
Schleswig	98 194	330	5 028	4 046	23,3
Segeberg	93 861	174	4 363	4 859	18,3
Steinburg	122 894	240	10 007	9 909	39,3
Stormarn	144 346	375	10 230	8 851	84,7
Süderdithmarschen	71 790	155	5 005	5 165	35,4
Südtondern	60 057	122	4 426	1 109	4,2
Schleswig-Holstein	2 318 964	11 003	167 063	175 506	624,1

Kreisfreie Stadt Landkreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1961			Straßenverkehrsunfälle im 2. Vj. 1961		
	Krafträder	Pkw 4)	Lkw	Unfälle	Getötete 5)	Verletzte
Flensburg	1 492	8 398	1 370	497	2	146
Kiel	4 284	23 934	3 623	1 468	7	576
Lübeck	4 239	18 715	3 480	1 211	8	472
Neumünster	1 330	6 605	1 177	403	2	163
Eckernförde	1 718	5 459	677	261	3	114
Eiderstedt	787	1 801	276	61	3	19
Eutin	3 107	7 822	1 312	451	11	201
Flensburg-Land	1 816	6 732	762	255	6	125
Hzgt. Lauenburg	3 969	11 138	1 290	454	12	228
Husum	1 778	5 632	844	226	5	109
Norderdithmarschen	1 252	5 414	867	198	8	95
Oldenburg (Holstein)	2 363	6 859	948	340	4	132
Pinneberg	4 572	19 406	3 040	881	19	319
Plön	2 996	9 051	1 203	414	12	224
Rendsburg	3 636	13 661	2 107	532	17	268
Schleswig	2 223	9 384	1 233	365	4	121
Segeberg	2 869	9 894	1 425	443	16	250
Steinburg	3 373	9 991	1 723	432	11	193
Stormarn	3 744	13 491	1 710	584	8	251
Süderdithmarschen	1 839	6 363	746	203	3	76
Südtondern	1 919	5 909	956	223	3	90
Schleswig-Holstein	55 306	205 659	30 769	9 902	164	4 172

1) Auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Nur als vorläufige Angabe zu verwenden, nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 überholt 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 5) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹ in 1000	31.3.1961	53 963	2 315	1 838	6 589	707	15 913	4 803	3 421	7 780	9 529	1 068
Veränderung in %	"	+ 34	+ 46	+ 7	+ 45	+ 26	+ 33	+ 38	+ 16	+ 42	+ 35	+ 20
31.3.1961 geg. VZ 1939	"	+ 12	- 9	+ 16	- 2	+ 28	+ 22	+ 12	+ 15	+ 22	+ 5	+ 13
31.3.1961 geg. 31.12.1950	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Bevölkerungsdichte ² , Einwohner je qkm	"	218	148	2 460	139	1 751	469	228	173	218	135	416
Unterricht, Bildung und Kultur³												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1960	6 453	302	186	827	85	1 866	567	432	887	1 164	138
je 1000 Einwohner	"	121	132	102	126	122	119	120	128	117	124	132
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴ in 1000	30.6.1961	20 760	807	836	2 384	300	6 698	1 792	1 161	3 059	3 364	359
Arbeitslose in 1000	31.7.1961	93	7	4	14	3	29	5	4	5	20	2
je 100 Arbeitnehmer ⁵	"	0,4	0,9	0,5	0,6	1,0	0,4	0,3	0,4	0,1	0,6	0,5
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt in Mill. DM	1959 ⁶	248 420 ^a	9 073	15 441	26 945	4 508	82 312	21 976	12 309	36 657	39 198	.
	1960 ⁶	275 830 ^a	9 666	16 983	29 545	4 875	92 329	24 610	13 746	40 834	43 243	.
in DM je Einwohner	1959 ⁶	4 801 ^a	3 972	8 505	4 128	6 590	5 289	4 698	3 654	4 887	4 204	.
	1960 ⁶	5 271 ^a	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
Landwirtschaft												
Viehbestände in 1000 Stück												
Rindvieh	2.6.1961	13 425	1 336	20	2 700	21	1 834	863	767	1 836	3 982	65
darunter Milchkuhe (einschl. Zugkuhe)	"	5 827	458	8	1 025	7	800	401	341	874	1 879	35
Schweine	"	15 641	1 473	28	4 351	18	2 628	1 186	788	1 675	3 428	67
Erzeugung von Kuhmilch in 1000 t	Juli 1961	1 848	173	3	404	3	301	123	85	225	521	11
in kg je Kuh und Tag	"	10,3	12,1	11,3	12,8	12,7	12,0	9,8	8,2	8,3	9,1	10,2
Industrie												
Beschäftigte ⁷ in 1000	31.5.1961	8 032	174	236	728	104	2 890	681	369	1 454	1 221	175
je 1000 Einwohner	"	149	75	128	110	147	182	142	108	187	128	164
Umsatz ⁷ in Mill. DM	Mai 1961	22 784	604	1 002	2 326	378	8 686	1 789	999	3 691	2 922	386
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 470	95	106	380	73	1 233	334	154	580	381	134
Produktionsindex ⁸ (arbeitsmäßig) 1950 = 100	"	272	293	248	305	265	.	329	...	293	285	.
Bauwirtschaft^{3, 9} und Wohnungswesen												
Beschäftigte in 1000	31.5.1961	1 420	63	50	182	21	403	118	84	218	250	31
je 1000 Einwohner	"	26,3	27,1	27,1	27,6	29,8	25,3	24,6	24,6	28,0	26,2	29,4
Geleistete Arbeitsstunden in Mill. je Einwohner	Mai 1961	240	11	8	31	4	68	19	14	38	42	5
	"	4,4	4,6	4,5	4,6	5,0	4,3	4,0	4,1	4,9	4,4	4,9
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁰ Anzahl	Juli 1961	61 368	3 022	1 469	6 639	810	18 429	4 872	2 908	9 271	13 110	838
je 10 000 Einwohner	"	11,4	13,1	8,0	10,1	11,5	11,6	10,1	8,5	11,9	13,8	7,8
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	36 357	1 365	1 840	3 431	348	10 491	5 637	1 896	5 847	4 780	722
je 10 000 Einwohner	"	6,7	5,9	10,0	5,2	4,9	6,6	11,7	5,5	7,5	5,0	6,8
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ⁹	Juni 1961	4 419 ^b	91	160	467	63	1 447	411	194	734	446	158
Verkehr												
Strassenverkehrsunfälle ³ Anzahl	2.Vj.1961	245 537	9 902	14 142	26 293	3 924	75 135	24 220	14 783	33 472	39 797	3 869
je 10 000 Einwohner	"	46	43	77	40	56	47	50	43	43	42	36
Getötete Personen Anzahl	"	3 282	164	53	481	16	986	229	255	460	587	51
je 1000 Unfälle	"	13	17	4	18	4	13	9	17	14	15	13
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹¹	2.Vj.1961	105	65	197	75	122	120	125	79	110	91	72
Bundessteuern ¹²	"	177	152	627	126	373	195	153	125	164	133	115
Gemeindesteuern	"	47	37	69	39	61	54	46	36	51	39	29
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	30.6.1961	959	702	1 348	888	1 080	1 031	943	826	983	912	876
Fürsorge												
Öffentliche Fürsorge ¹³ Aufwand in DM je Einwohner	Rj.1960	22,11	26,72	32,01	20,80	31,50	26,25	22,69	15,73	17,97	18,14	18,49
Lfd. unterstützte Personen der off.Fürsorge je 1000 Einwohner	31.12.1960	15,7	22,4	16,8	15,9	22,2	18,9	16,1	12,5	12,4	11,9	12,8

1) Auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Nur als vorläufige Angabe zu verwenden, nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6.6.1961 überholt 2) Gebietsstand: 31.12.1960 3) vorläufige Zahlen 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte und Arbeitslose 6) generalbereinigte Werte 7) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 8) Gesamtindex (ohne Bau) 9) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 10) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 11) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 12) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 13) offene und geschlossene Fürsorge und Tbc-Hilfe ohne übrige Leistungen a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

Heft/Selste

Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer in Schleswig-Holstein	6/141
Bevölkerungsentwicklung 1958/59	1/9
Bevölkerungsbewegung	
Geburten und Sterbefälle 1959	2/28
Geschiedene Ehen 1959	2/30
Wanderungen 1959	3/52
Gesundheitswesen	
Krankenanstalten 1959	9/213
Todesursachen 1959	8/182
Unterricht, Bildung und Kultur	
Akademische Prüfungen	6/141
Begabungspotential, Inanspruchnahme des - (s)	3/55
Berufsschüler, Die -	7/168
Landesberufsschulen	9/216
Medizinstudenten, Kieler -	2/46
Schulen, Allgemeinbildende - 1960	2/34
Turnen und Sport	1/24
Erwerbstätigkeit	
Erwerbsquote, Schleswig-holsteinsche -	4/76
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Ackerland, Anbau auf dem - 1961	9/215
Arbeitskräftebestand in der Landwirtschaft	5/100
Baumschulen, Pflanzenbestände in -	3/70
Betriebe, Landwirtschaftliche -	4/78
Eierwirtschaft 1960	9/203
Gemüse, Ernte und Anbau von -	1/22
Milchwirtschaft 1960	7/162
Obsternte 1960	4/93
Schlepper in der Landwirtschaft	2/47
Viehbestände 1960	6/132
Vieh- und Fleischwirtschaft 1959/60	3/57
Zwischenfruchtanbau 1960	3/71
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften	6/131
Industrie und Handwerk	
Auslandsumsatz der Industrie	5/119
Industriebeschäftigte	6/142
Produktion, Industrielle - 1959	2/36
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1960	4/90
Handel	
Ausfuhr 1959	9/197
Berlin- und Interzonenhandel 1959	3/61
Konsumgenossenschaften 1959	2/48
Verkehr	
Binnenschiffe in Schleswig-Holstein	8/172
Bundesbahn, Verkehr der -	7/167
Güterverkehr auf dem Wasserwege	7/148
Güterverkehr auf Eisenbahnen 1957	3/72
Reiseverkehr mit Skandinavien	5/109
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	6/143
Straßenverkehrsunfälle 1959	4/84

Geld, Kredit und Versicherungswesen

Bauspargeschäft 1958 bis 1960	6/143
Boden- und Kommunalkreditinstitute	8/187
Grundstücks- und Schiffshypotheke	8/191
Kredite und Einlagen 1960	6/124
Zahlungsschwierigkeiten 1960	4/95

Öffentliche Sozialleistungen

Angestelltenversicherung	7/165
Anstaltsfürsorge	3/67
Jugendhilfe, Öffentliche -	1/4
Krankenversicherung, Soziale -	6/138
Lastenausgleich in Schleswig-Holstein	7/156
Schwerbeschädigte	4/94

Öffentliche Finanzen

Gewerbesteuer 1958	9/196
Schulen, Ausgaben für allgemeinbildende - 1959	1/20
Steueraufkommen in Schleswig-Holstein	7/151
Verschuldung, Öffentliche -	8/185
Verschuldung, Öffentliche - 1960	1/13

Preise

Gaststättenpreise 1959	5/115
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	9/204

Löhne und Gehälter

Landarbeiterlöhne 1960	3/63
------------------------	------

Versorgung und Verbrauch

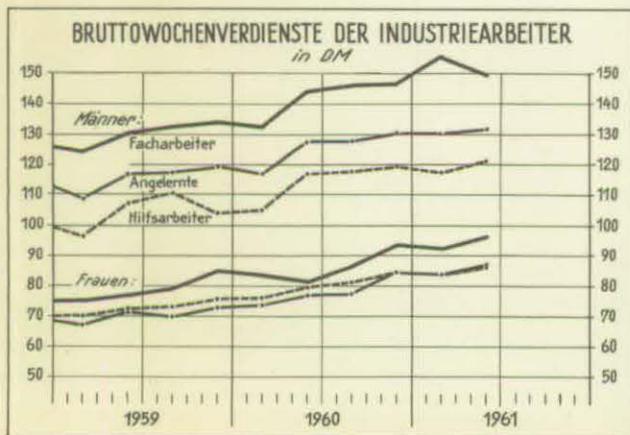
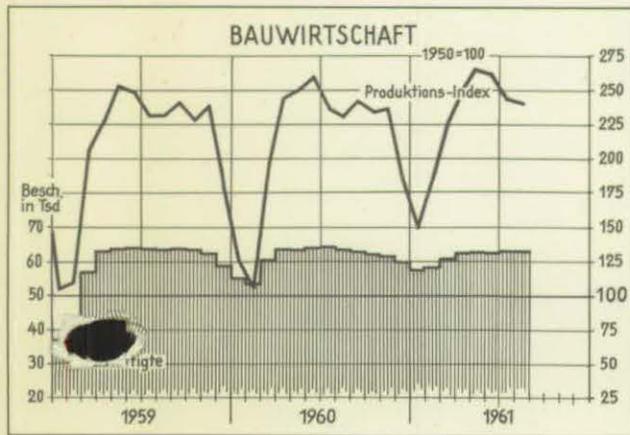
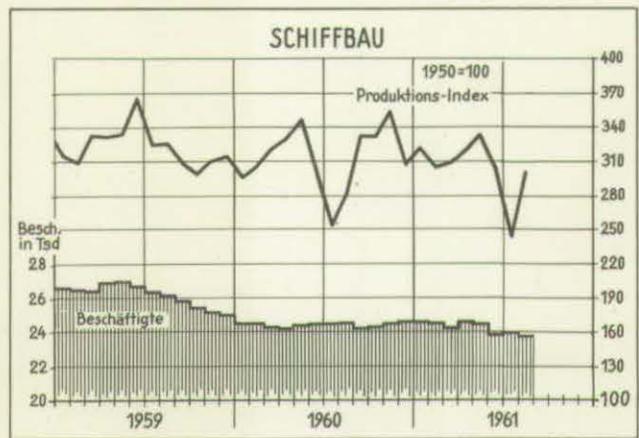
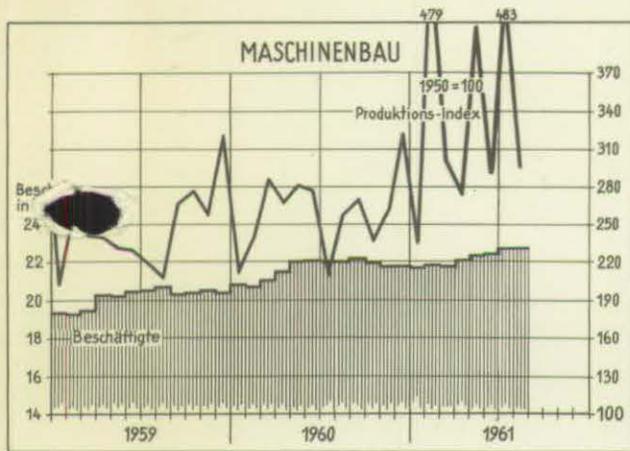
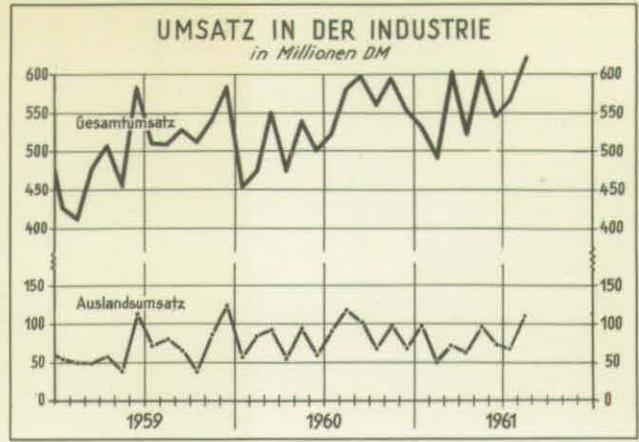
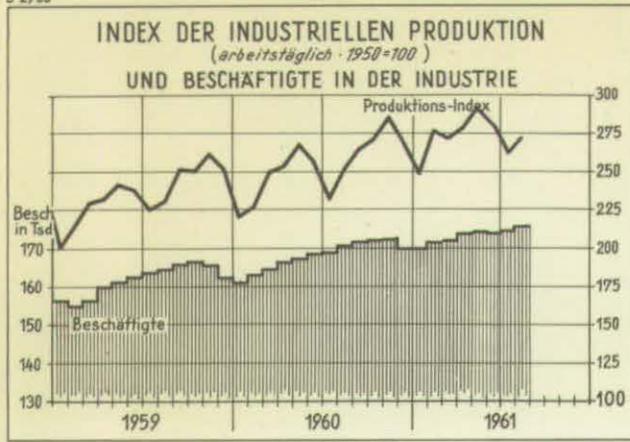
Verbrauch, Privater - 1959	2/39
----------------------------	------

Verschiedenes

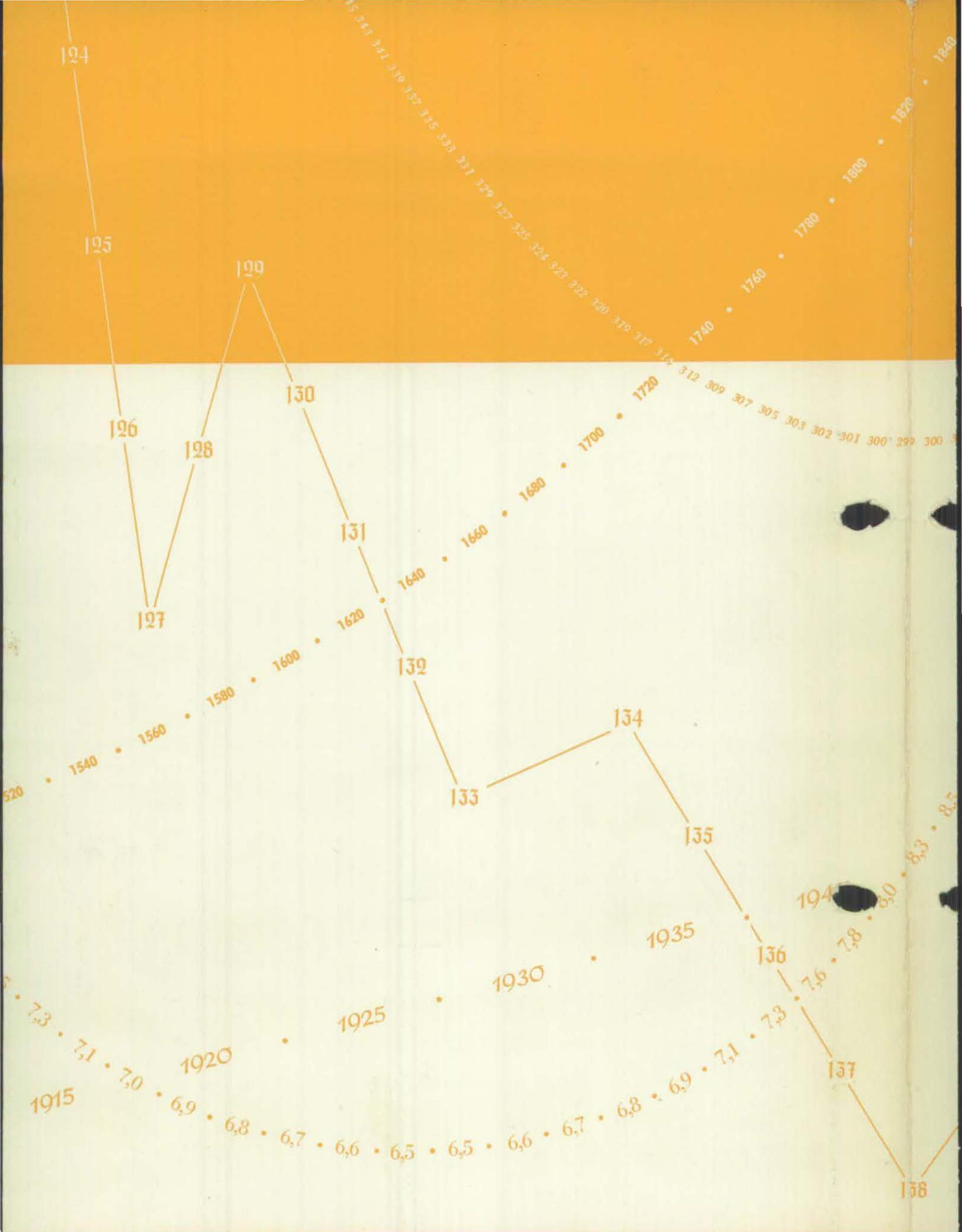
Vorausberechnungen, Stand der -	8/179
---------------------------------	-------

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-2908



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Helnemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germana-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen